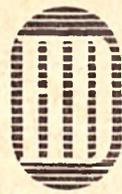


HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVI — NR. 13

Bonn, 8. Juli 1963

AUSGABE A

Im Dienst der Forschung

Der neue Jahresbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zu ihrer Jahresveranstaltung, die vom 8. bis 10. Juli 1963 in München stattfindet, legt die Deutsche Forschungsgemeinschaft ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1962 vor, aus dem wir im folgenden einen Überblick geben. Der Jahresbericht selbst ist in allen Hochschulbibliotheken einzusehen. — D. Red.

Zusammenarbeit

„Es mehren sich die Anzeichen, daß Zusammenarbeit in vielen Bereichen der Wissenschaft häufiger wird und systematischer erfolgt.“ Der Jahresbericht 1962 der Forschungsgemeinschaft gibt eine Reihe von Beispielen für diese Zusammenarbeit, die in einem Lande wie die Bundesrepublik, das in der föderativen Staatsstruktur, im Selbstverwaltungsstatus der Hochschulen und in überregionalen Selbstverwaltungsorganisationen gleich drei kräftige Agentien der Vielfältigkeit besitzt, die notwendige Vorbedingung für das Funktionieren des Systems der Wissenschaft und ihrer Förderung ist. Schon seit ihrer Gründung hat die Forschungsgemeinschaft in ihrem Kuratorium, vor allem aber im Hauptausschuß, ein gutes Beispiel für eine an der gemeinsamen Sache orientierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Wirtschaft und Wissenschaft gegeben. Es ist auch gewiß kein Zufall, daß der engere Kontakt, der sich in der letzten Zeit zwischen Max-Planck-Gesellschaft, Westdeutscher Rektorenkonferenz und Forschungsgemeinschaft — in ständigem Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates — herausgebildet hat, nicht zustande kam, um Differenzen miteinander auszugleichen, sondern zur Besprechung der allgemeinen Grundfragen einer geordneten, vertrauensvollen Zusammenarbeit aller mit Wissenschaft und deren Förderung Befassten. Mit besonderem Dank hat deshalb auch die Forschungsgemeinschaft die Initiative begrüßt, die der Bundespräsident ergriff. Auch die mehrfachen Sitzungen, in denen sich der kulturpolitische Ausschuß des Bundestages über die Aufgaben, die Arbeit und die Bedürfnisse der Wissenschaftsorganisationen berichten ließ, wird man als den Beginn eines ständigen engeren Gedankenaustausches der Legislative mit der Wissenschaft ansehen dürfen. Mit dem neuen Ministerium für Wissenschaftliche Forschung versprechen sich die überregionalen Selbstverwaltungsorganisationen eine enge fruchtbare Zusammenarbeit. Sie hoffen dringend, daß das Ministerium auch in den Stand gesetzt wird, die Aufgaben zu erfüllen, die sich der Minister gerade im Sinne der Zusammenarbeit und deren Intensivierung gesetzt hat. In den unmittelbaren Beziehungen zwischen dem Ministerium für Wissenschaftliche Forschung und der Forschungsgemeinschaft ist die Weltraumforschung schon im Berichtsjahr ein Beispiel effektiver Zusammenarbeit geworden.

Zu besonderem Dank ist die Forschungsgemeinschaft wiederum dem Stifterverband verpflichtet. Er überwiegt der Forschungsgemeinschaft 70 v. H. der ihm zufließenden freien Spenden. Aus seinen Sonderzuwendungen kann die Forschungsgemeinschaft eine große Anzahl von Stipendien vergeben und ausländische Forscher zu Gastaufenthalten einladen. Das sind unter dem Gesichtspunkt der Nachwuchsförderung und der Verbindung zum Ausland besonders wichtige Förderungsarten. Die Fritz-Thyssen-Stiftung

hat auch in diesem Jahre die besondere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den sogenannten Massen- und Mangelfächern durch Habilitandenstipendien ermöglicht und außerdem das medizinische Schwerpunktprogramm tatkräftig unterstützt. Mit der Stiftung Volkswagenwerk entstanden erste fruchtbare Berührungen.

Auch in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich hat die Forschungsgemeinschaft die Förderung der Zusammenarbeit der Forscher untereinander mit besonderer Aufmerksamkeit gepflegt. Beispiele hierfür sind vor allem das Schwerpunktverfahren mit seinen Besprechungsgruppen und Kolloquien sowie die Senatskommissionen der Forschung, die in vielen Fällen das Schwerpunktprogramm betreuen und gemeinsam wissenschaftliche Ergebnisse für gesetzgeberische Maßnahmen bereitstellen.

Der Bericht der Forschungsgemeinschaft geht in diesem Zusammenhang auf die Kritik ein, die in letzter Zeit am Arbeitsstil ihrer Institute laut geworden ist. „Teamwork ist kein Allerweltsheilmittel, doch gibt die Haltung vieler der jüngeren Forscher bei uns zu denken, die es nicht so sehr aus finanziellen Gründen, sondern wegen der Verlockung einer freibeitlichen, kollegialen Atmosphäre an dortigen Forschungsstätten nach den Vereinigten Staaten zieht.“ Zugleich weist der Jahresbericht aber darauf hin, daß ohne Zweifel gerade in den häufig genannten physikalischen Instituten — schon wegen der besonders engen internationalen Verflechtung dieser Wissenschaft und ihrer Nachbargebiete — die Gruppenarbeit auch in Deutschland eine natürliche Form des Forschens geworden ist.

Die internationale Verflechtung der Wissenschaft findet im Jahresbericht der Forschungsgemeinschaft ihren deutlichen Niederschlag. Die Forschungsgemeinschaft vergibt Beihilfen für Kongreß- und Vortragsreisen, lädt ausländische Gastprofessoren ein, intensiviert ihre bibliothekarischen Auslandsbeziehungen, vertritt die deutsche Forschung in internationalen wissenschaftlichen Organisationen, fördert internationale Gemeinschaftsprojekte und berät auch hier verschiedene Ministerien. Die Zahl der ausländischen Besucher nimmt von Jahr zu Jahr zu. Erwähnt seien hier nur der Besuch einer Delegation des britischen Robbins-Committee und einer Delegation der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

INHALT:

Wie soll man die Wissenschaft verwalten? / Von Dr. Kurt Zierold	6
Kulturpolitische „Flurbereinigung“ — Wichtige Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder	8
Kultusministerkonferenz berät Hochschulprobleme — Neue Vorschläge für das Honnefer Modell	9
13. Hochschulverbandstag in Berlin	10

Rund 100 Millionen DM zur Förderung der Forschung

Die Zuschüsse an die Forschungsgemeinschaft sind gegenüber dem Vorjahr so stark erhöht worden, daß die im Finanzplan für 1962 vorgesehene Summe von nahezu 100 Millionen DM erreicht worden ist. Der Bund stellte 65,8 Millionen DM, die Länder in einem gemeinsamen Zuschuß 17 Millionen DM, der Stifterverband 10,8 Millionen DM und die Thyssen-Stiftung 4,1 Millionen DM zur Verfügung. Außerdem flossen der Forschungsgemeinschaft rund 1 Million eigener Einnahmen zu, vor allem aus der Rückzahlung von Druckbeihilfen und aus dem Verkauf von in der Forschung nicht mehr verwendbaren wissenschaftlichen Geräten.

Unter den Bewilligungen nahm die Förderung einzelner Vorhaben im Normalverfahren wieder den größten Raum ein. Die Entwicklung der Antragszahlen seit der Neubegründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Jahre 1949 und die Erledigung der im Normalverfahren gestellten Anträge in den Jahren 1949 bis 1962 zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Zu Beginn des Jahres in Bearbeitung	Neuzugänge	Erledigung				Gesamt erledigt	Noch in Bearbeitung am Ende des Jahres
			bewilligt	abgelehnt	anderweitig erledigt	gesamt		
1949	—	1 266	560	241	62	863	403	
1950	403	1 614	1 091	222	166	1 479	538	
1951	538	2 026	1 517	250	135	1 902	662	
1952	662	2 417	1 969	285	112	2 366	713	
1953	713	2 605	2 074	306	168	2 548	770	
1954	770	2 133	1 832	356	171	2 359	544	
1955	544	2 107	1 685	201	109	1 995	656	
1956	656	2 516	2 062	197	106	2 365	807	
1957	807	2 787	2 127	253	88	2 468	1 126	
1958	1 126	2 853	2 651	295	178	3 124	855	
1959	855	3 230	2 806	258	181	3 245	840	
1960 ¹⁾	840	2 276	2 057	174	82	2 313	803	
1961	803	3 287	2 890	199	129	3 218	872	
1962	872	3 441	2 955	209	129	3 293	1 020	
Gesamt	—	34 558	28 276	3 446	1 816	33 538	—	

Die Bewilligungssumme für diese Einzelanträge stieg auf 41,6 Millionen DM gegenüber 38,3 Millionen DM im Jahre 1961 an. Der Anteil der Fachgruppen an den Bewilligungssummen betrug für die Geisteswissenschaften 24 v. H., ein seit Jahren etwa gleichbleibender Anteil, für die Medizin 18 v. H., für die Naturwissenschaften 32 v. H., die Ingenieurwissenschaften 16 v. H. und für die Landbau-, Veterinär- und Forstwissenschaft 10 v. H. Die Ablehnungsquote betrug, auf die Antragssumme berechnet, 16 v. H. (1961: 14 v. H.), absolut gerechnet 7,7 (5,9) Millionen DM. Prozentzahl und absolute Summe zeigen, welche Bedeutung der Arbeit der Fachgutachter und der Beratung im Hauptauschuß zuzumessen ist, lassen aber auch erkennen, daß die Forschungsgemeinschaft auch im vergangenen Jahr manches Vorhaben, das sie gern tatkräftiger gefördert hätte, nur in begrenztem Umfang unterstützen konnte.

Über die neuen Schwerpunkte

Im Schwerpunktprogramm wurden auf 53 Forschungsgebieten insgesamt 1 370 Vorhaben mit zusammen 35,2 Millionen DM gefördert. An der kräftigen Steigerung gegenüber dem Vorjahr (27,8 Millionen DM) haben die Zuwendungen der Thyssen-Stiftung für medizinische Forschungsprojekte (Krebs- und Virusforschung, Kardiologie) und für den Schwerpunkt „Werkstoffverhalten für Konstruktion und Formgebung“ Anteil. Ein Zuschuß des Bundesministers für Wirtschaft ermöglichte die Fortführung eines Projektes auf dem Gebiet der Hochspannungsgleichstromübertragung.

Letztmalig gefördert wurden im Jahre 1962 die Schwerpunkte Chemie der Komplexverbindungen, Elektrochemie und Bodenphysik. Selbstverständlich schließt dies die weitere Förderung von Arbeiten auf diesen Gebieten im Normalverfahren nicht aus.

Neue Schwerpunkte wurden vor allem im Bereich der medizinischen Forschung gebildet: Im Schwerpunkt „Nierenforschung“ geht es um die Klärung noch offener Fragen der Nierenphysiologie und Nierenpathologie. Die Probleme sollen im Rahmen langfristiger Forschungsmaßnahmen unter Beteiligung vieler Disziplinen der Medizin und

der Naturwissenschaften bearbeitet werden. Offene Fragen sind zum Beispiel der Mechanismus der Harnbildung, die Rückresorption des Wassers, der Einfluß von Kalium und Natrium auf die Wasserausscheidung, Probleme der Nierendurchblutung, die Aufklärung der Ultrastruktur einzelner Nierenabschnitte, Steinbildung und Transplantation. Im Bereich der Hämatologie sollen die Fragen der Pathologie der Blutzellen, die Pathologie der Blutzellenentstehung, Blutfaktoren, die Membrandurchlässigkeit der Blutkörperchen, Einwirkungen von Giften auf die Blutzellen und immunologische Fragen bearbeitet werden.

Bei der Endokrinologie wird vorwiegend die klinische Seite erforscht. Es geht vor allem um die Prüfung der Fragen des Einflusses von Hormonen auf die Lebensabschnitte des Menschen, die Rolle der Hormone bei Abwehrmechanismen (Infektionen), den Einfluß von Hormonen auf Schockzustände sowie auf den Schwangerschaftsverlauf. Die Prüfung therapeutischer Maßnahmen wird sich nicht nur auf die Beobachtung der Wirkung von Arzneimitteln auf den Menschen beziehen, es soll vielmehr darüber hinaus versucht werden, die bisher üblichen therapeutischen Maßnahmen klinisch auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen. Dafür ist die Zusammenarbeit einiger Kliniken für jeweils ein Thema erforderlich.

Bei der Unternehmensforschung — im angelsächsischen Sprachbereich als Operations Research bekannt — handelt es sich um die Anwendung wissenschaftlicher Methoden auf Probleme, die die Arbeitsweise von ganzen Systemen betreffen. Die Unternehmensforschung hat das Ziel, den Personen, die diese Arbeitsweise lenken, optimale Lösungen für ihre Probleme zu liefern. In Deutschland befindet sich dieses Forschungsgebiet noch völlig in den Anfängen. Hier besteht ein großer Nachholbedarf, um das internationale Niveau zu erreichen.

Der Schwerpunkt Integrierter Pflanzenschutz wurde notwendig, weil einerseits die seit etwa zehn Jahren laufenden Arbeiten, unter deutschen Verhältnissen brauchbare Verfahren der biologischen Schädlingsbekämpfung zu entwickeln, nur geringe Erfolge zeigten; andererseits ergaben die von der Forschungsgemeinschaft geförderten biozönotischen Arbeiten, daß die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel zu schweren Einbußen am Bestand der Nützlinge und auch der indifferenten Arten führen kann, wenn sie nicht nach Art der verwendeten Stoffe und Anwendungstermine auf diese Rücksicht nimmt. In dem neuen Schwerpunkt soll versucht werden, beide Verfahren so zu koordinieren, daß volle und qualitativ hochwertige Erträge durch eine nützlich-schonende Bekämpfungswise erreicht werden. Zugleich soll dabei den Anbauverfahren (Fruchtfolge) besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Planungen zu dem Schwerpunkt Qualitätsmerkmale, Zuchtziele und Marktanforderungen in der tierischen Produktion gehen davon aus, daß die tierische Veredlungswirtschaft sich immer stärker der Forderung nach einer Steigerung der Qualität gegenüberstellt. Dabei handelt es sich zum Teil um Fütterungs-, zum Teil um marktwirtschaftliche, vor allem aber um züchterische Probleme. Es fehlen bisher gründliche Studien zur Festlegung von Qualitätsbegriffen.

Außer dem für das Schwerpunktprogramm genannten Betrag von 35,2 Millionen DM konnten 3,7 Millionen DM für die Förderung von Aufgaben der Weltraumforschung vergeben werden. Die Forschungsgemeinschaft hat in einer Denkschrift die Fragen der Weltraumforschung ausführlich dargestellt und auf die Notwendigkeit der koordinierten Förderung dieses Gebietes in der Bundesrepublik hingewiesen. Diese Publikation wurde in der Öffentlichkeit und auch von der Bundesregierung eingehend diskutiert. Gegen Ende des Jahres 1962 eingehende Sonderzuwendungen des Bundesministers für Wissenschaftliche Forschung versetzten die Forschungsgemeinschaft in die Lage, eine Schwerpunktgruppe Weltraumforschung, und zwar zunächst speziell für die extraterrestrische Forschung, aufzubauen.

In den letzten zehn Jahren hat das Schwerpunktprogramm mancherlei Wandlungen erfahren. Hier wie im Normalverfahren handelt es sich nicht um eine Form der Dauerfinanzierung. Einige Projekte können abgeschlossen oder aus eigenen Mitteln der Institute weiterfinanziert werden, neue Forschungsrichtungen treten auf und verlangen eine besondere Förderung. Gewandelt haben sich aber auch einige Arbeitsprinzipien. Die Forschungsgemeinschaft verbindet im Schwerpunktprogramm immer bewußter die finanzielle Förderung der Forschung mit der Förderung der Zusam-

1) Rechnungsjahr 1960 nur 9 Monate.

menarbeit unter den Forschern, beides satzungsgemäße Aufgaben. In vielen Schwerpunkten arbeiten Forscher verschiedener Fachrichtungen zusammen. Immer häufiger finden, abgesehen von den Vorbereitungs- und Begutachtungssitzungen, Kolloquien statt, in denen die an einem Programm beteiligten Forscher und ihre Mitarbeiter zusammenkommen und ihre Arbeiten diskutieren.

Die Fülle des statistischen Materials

Wie in jedem Jahr enthält der Jahresbericht wieder eine Fülle statistischen Materials, in dem die Bewilligungen im Normal- und Schwerpunktverfahren analysiert werden. Die meisten Bewilligungen wurden wiederum in Form von Sachbeihilfen, aus denen Personal, Geräte, Sach- und Reisekosten zur Bearbeitung eines Vorhabens bezahlt werden können, vergeben. Ihre Zahl stieg auf 3 505 (3 148).

Die Zahl der Reisebeihilfen hat zugenommen. 198 Forschern (gegenüber 181 im Jahre 1961) konnte bei ihren Vorhaben im Ausland geholfen werden. Die Zahl der bewilligten Druckbeihilfen blieb mit 298 (302) etwa gleich, doch hat sich wegen der gestiegenen Druckkosten die Bewilligungssumme um 9 v. H. erhöht. Unter den geförderten Druckwerken ist im Schwerpunktprogramm neben Quellennachdrucken vor allem der Atlas der deutschen Agrarlandschaft zu erwähnen. Im Normalverfahren wurden wichtige, von der Forschung als unentbehrlich betrachtete größere Werke auf den Gebieten der mittelalterlichen Geschichte, der Kunstgeschichte und der Orientalistik finanziert.

55 v. H. der bewilligten Mittel wurden für Personalkosten vergeben. Die Forschungsgemeinschaft förderte 318 Stipendiaten — hier ist sie dem Stifterverband für einen Sonderfonds zu besonderem Dank verpflichtet — und bezahlte 2 023 wissenschaftliche Mitarbeiter, 542 studentische Hilfskräfte und 1 819 technische Hilfskräfte, insgesamt also 4 702 Personen, nicht gerechnet die Habilitandenstipendien.

Für Kongreß- und Vortragsreisen standen der Forschungsgemeinschaft 1 020 000,— DM aus Mitteln des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Hieraus wurden 408 Beihilfen für Kongreß- und 66 für Vortragsreisen bewilligt. Für Gastprofessuren stellte der Stifterverband mit dem Richard-Merton-Fonds für die Deutsche Wissenschaft wieder Sondermittel zur Verfügung. 34 ausländische Gelehrte konnten, häufig für ein ganzes Jahr, zu Vorlesungen an deutschen Hochschulen gewonnen werden.

Für die Nachwuchsförderung in Massen- und Mangel-fächern konnte die Forschungsgemeinschaft, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgend, dank der finanziellen Hilfe der Thyssen-Stiftung 218 Habilitandenstipendien vergeben. Die Aufgliederung der insgesamt von der Forschungsgemeinschaft bewilligten Stipendien und Forschungsfreijahre nach Fachgebieten bietet nebenstehende Übersicht.

Rechenanlagen · Hilfseinrichtungen · Forschungsgruppen

Für elektronische Rechenanlagen und andere Großgeräte konnte die Forschungsgemeinschaft über 10 Millionen DM bewilligen, davon 0,4 Millionen DM als Finanzierungsanteil für das Großrechenzentrum Darmstadt. Das langfristig geplante Rechenanlagenprogramm der Forschungsgemeinschaft sieht Rechenzentren an den einzelnen Hochschulen, regionale Rechenzentren und die Ausstattung des Großrechenzentrums Darmstadt mit besonders leistungsfähigen Anlagen vor. Bisher sind 45 Rechenanlagen von der Forschungsgemeinschaft beschafft worden. Aufgabe für die kommenden Jahre ist der weitere Ausbau der mittleren Anlagen auf ihren maximalen Umfang sowie die Ergänzung einiger Rechenzentren mit bisher kleinen Geräten durch leistungsfähigere Anlagen. So wenig das bisherige Programm allein aus Mitteln des normalen Haushalts der Forschungsgemeinschaft finanziert werden konnte, wird dies bei den für die Zukunft in Frage stehenden enormen Beträgen möglich sein. Die Forschungsgemeinschaft hat sich deswegen vor längerer Zeit erneut an die Bundesregierung gewandt, um von ihr in ähnlicher Weise wie bisher Sondermittel zu erhalten, mit denen das für die gesamte Forschung lebenswichtige Rechenanlagenprogramm weitergeführt werden kann.

Als weitere Hilfseinrichtung der Forschung förderte die Forschungsgemeinschaft das Zentrallaboratorium für Geochemie der Isotope in Göttingen mit rund 0,3 Millionen DM

Fachgebiet	Forschungs- und Ausbildungsstipendien	Forschungsfreijahre	Habilitandenstipendien	Gesamt
Evangelische Theologie	2	6	14	22
Katholische Theologie	5	—	5	10
Rechtswissenschaften	5	3	12	20
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	11	3	30	44
Theoretische Medizin	17	3	3	23
Praktische Medizin	13	4	6	23
Philosophie	17	8	3	28
Alttertumswissenschaften	4	1	9	14
Kulturen des Orients	13	8	7	28
Neuere Philologie, Gruppe A	7	16	17	40
Neuere Philologie, Gruppe B	3	1	16	20
Geschichte	9	7	12	28
Kunstwissenschaften	22	4	—	26
Völkerkunde	3	1	1	5
Geschichte der Naturwissenschaften, Medizin und Technik	—	—	3	3
Biologie	33	6	15	54
Geologie und Mineralogie	11	4	5	20
Geographie	4	5	—	9
Chemie	21	5	28	54
Physik	3	1	8	12
Mathematik	11	—	13	24
Bauingenieurwesen	—	2	1	3
Architektur	1	—	—	1
Bergbau und Hüttenwesen	—	—	3	3
Maschinenwesen	1	1	1	3
Elektrotechnik	—	1	1	2
Landwirtschaft und Gartenbau	3	—	—	3
Veterinärmedizin	1	4	5	10
Forst- und Holzwissenschaft	3	1	—	4
Gesamt	223	95	218	536
Vergleichszahlen 1961	259	96	126	481

und das Zentralinstitut für Versuchstierzucht in Hannover mit 0,2 Millionen DM.

Die von der Forschungsgemeinschaft mit 0,4 Millionen DM geförderte Forschungsgruppe (Unit) „Technische Kybernetik“ in Karlsruhe befaßt sich mit Untersuchungen über lernende Automaten und mit Problemen der automatischen Zeichenerkennung. Eine Forschungsgruppe „Präventivmedizin“ wird in Freiburg gebildet.

Für die Förderung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens wurden 2,1 Millionen DM bewilligt, doch verdient dieser Bereich der Tätigkeit der Forschungsgemeinschaft eine ausführlichere Darstellung.

Die Verwaltungskosten der Forschungsgemeinschaft sanken auf 2,8 v. H. im Vergleich zu 2,9 v. H. im Vorjahr.

Förderung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens

Auch im Jahre 1962 ist der größte Teil der von der Forschungsgemeinschaft für die Bibliotheken aufgewandten Mittel für Literaturbeschaffung verbraucht worden (70 v. H.). Doch verlagern sich allmählich die Akzente (1961: 79 v. H.; 1960: 85 v. H.). Zunächst liegt dies daran, daß die wichtige Aufgabe der Handschriftenkatalogisierung seit 1960 neu hinzugekommen ist, die zunehmend höhere Mittel fordert. Sodann aber entspricht die Verschiebung einem Prozeß, der auch bei den Bibliotheken zu beobachten ist. Es wird gewiß immer wichtig bleiben, daß der Erwerb der wissenschaftlichen Zeitschriften und Monographien in unseren Bibliotheken finanziell und organisatorisch gesichert ist, wie dies im einzelnen durch die Vermehrungsetats der Bibliotheken und, unter einem Gesamtaspekt, durch den Sondersammelgebietsplan der Forschungsgemeinschaft ge-

schieht. Aber die Hauptsorgen der Bibliothekare richten sich heute mehr und mehr auf die Verbesserung ihres Dienstes am Benutzer und damit auf die Rationalisierung des inneren Betriebes, übersichtliche Anlage und Ausbau der Kataloge, Intensivierung der Auskunftserteilung, Beschleunigung des örtlichen und auswärtigen Leihverkehrs. In den Bibliotheksberichten für den Wissenschaftsrat kommt dies deutlich zum Ausdruck. Wenn dies alles nun auch reguläre Aufgaben der einzelnen Bibliotheken sind, für deren Finanzierung der Unterhaltsträger aufzukommen hat, so ist doch an besonders brennenden Punkten ein Eingreifen der Forschungsgemeinschaft im Sinn einer Starthilfe möglich — z. B. für die Verstärkung der Auskunftsdienste —, oder der Bibliotheksausschuß kann durch Beratungen in Unterausschüssen bestimmte Fragen klären — wie etwa die Anwendung des Xerokopierverfahrens für die Ergänzung von Zeitschriften. Hierbei kommt es den Überlegungen beider Gremien zugute, daß einige Mitglieder des Bibliotheksausschusses in der Bibliothekskommission des Wissenschaftsrates mitarbeiten.

Bei der Beschaffung ausländischer Literatur wird das Programm der Sondersammelgebiete der einzelnen Bibliotheken vom Bibliotheksausschuß neu durchdacht. Das Prinzip, die Beschaffung der neu erscheinenden für die Forschung wichtigen ausländischen Literatur auf eine Vielzahl von Bibliotheken aufzuteilen, wird weiterhin für wichtig gehalten. Man fragt sich jedoch, ob wie bisher sämtliche Wissenschaftsgebiete durch diesen Plan erfaßt werden sollen. Neue Lösungen bieten sich z. B. durch fachliche Zentralbibliotheken auf einigen Gebieten an. Im Berichtsjahr wurden 6 053 Jahrgänge laufender Zeitschriften für rund 260 000,— DM erworben. Zur Ergänzung der Zeitschriftenlücken konnten 2 125 Jahrgänge und 1 063 Hefte zum Teil durch das Antiquariat, zum Teil durch Xerokopie nachbeschafft werden. Hierfür wurden rund 160 000,— DM aufgewandt. Für 3 010 Monographien wurden rund 610 000,— DM bewilligt. Zum Vergleich seien die Beträge der Erwerbungssetate einiger großer Bibliotheken aus dem Jahre 1962 angeführt: Bayerische Staatsbibliothek 750 000,— DM, Westdeutsche Bibliothek 600 000,— DM, Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen 425 000,— DM.

Der Förderung von zentralen Fachbibliotheken hat der Bibliotheksausschuß seit der Schaffung der Technischen Informationsbibliothek in Hannover im Jahre 1958 sein besonderes Interesse zugewandt. Der Aufbau dieser Bibliothek ist im vergangenen Jahr gut vorangekommen. Das Schwergewicht der Anschaffungen liegt bei der Reportliteratur, dem nur mit großen Schwierigkeiten zu beschaffenden technisch-wissenschaftlichen Firmenschrifttum, deutschen und ausländischen Zeitschriften sowie den unregelmäßig erscheinenden Serienveröffentlichungen aus der Sowjetunion. Die Forschungsgemeinschaft hat hierfür 260 000,— DM zur Verfügung gestellt. In der Katalogisierung geht die Informationsbibliothek über das in universalen Bibliotheken übliche Verfahren hinaus. In einer Sonderabteilung werden die Aufsätze aus russischen Zeitschriften in sachlicher Anordnung erfaßt. In 36 nach Fachgebieten zusammengestellten Listen werden die Titel der jeweils neuesten sowjetischen Arbeiten an zur Zeit etwa 500 Abonnenten bekannt gegeben, woraufhin schätzungsweise 200 Bestellungen pro Monat eingehen. Als Ergänzung wird eine Kartei der Übersetzungen geführt. Durch enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Übersetzungszentrum in Delft ist die Bibliothek auch in der Lage, in anderen europäischen Ländern erschienene Übersetzungen nachzuweisen. Bestellungen von auswärts erledigt die Bibliothek zu einem großen Teil durch Mikrofilm oder Fotokopie. Im Jahre 1962 waren es rund 100 000 Seiten Mikrofilme und 30 000 Seiten Fotokopien.

Im Einverständnis mit dem Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und der Universität in Bonn soll die landwirtschaftliche Abteilung der Bonner Universitätsbibliothek, die jetzt schon Trägerin des Sondersammelgebietes Landwirtschaft ist, zu einer Zentralbibliothek der Landwirtschaft ausgebaut werden. Ihre zusätzliche Aufgabe wird die Ermittlung, Sammlung und Bereitstellung der Serienpublikationen des US-Department of Agriculture, der sowjetischen landwirtschaftlichen Veröffentlichungen, der meist nicht im Buchhandel erscheinenden halbamtlichen Fachliteratur und Veröffentlichungen von privaten Institutionen sein. Ähnlich wie die Technische Informationsbibliothek soll sie im Auskunftsdienst mit Mikrofilmen und Fotokopie arbeiten. Eine enge Zusammenarbeit mit der entstehenden Dokumentation der Landwirtschaft ist beabsichtigt.

Mit den ersten vorbereitenden Beratungen für die Einrichtung einer medizinischen Zentralbibliothek ist begonnen worden. Auch hier wird die Frage der medizinischen Dokumentation mitberücksichtigt werden.

Vom Gesamtverzeichnis ausländischer Zeitschriften und Serien (GAZS) ist im Jahre 1962 die zehnte Lieferung erschienen und damit der erste 1200 Seiten umfassende Band dieses großen Nachschlagewerkes erschienen. Das Gesamtverzeichnis russischer Periodica und Serien, das alle in Bibliotheken der Bundesrepublik und West-Berlins befindlichen russischen Zeitschriften mit genauer Angabe der vorhandenen Bestände aufführt, liegt jetzt bis zum Buchstaben Ny im Druck vor.

Zur Verbesserung der Literaturschließung wird der Katalogisierung von wissenschaftlich wichtigen Zeitschriftenaufsätzen und Einzelbeiträgen in Serienveröffentlichungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der Bedarf der Wissenschaft nach einem solchen Instrument scheint nach den bisher vorliegenden Ergebnissen entsprechender Untersuchungen für die einzelnen Fachgebiete ganz verschieden zu sein. Die naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer, für die es gute und rasch herauskommende bibliographische Hilfsmittel gibt, können offensichtlich darauf verzichten. Bei geisteswissenschaftlichen Fächern dagegen sind die Meinungen geteilt. Ein Urteil über den Nutzen eines Zeitschriftenaufsatzkataloges scheint hier nur auf Grund praktischer Erfahrungen gefällt werden zu können. Die Forschungsgemeinschaft hat deshalb damit begonnen, Modellversuche für die Germanistik, Anglistik und Romanistik in den Universitätsbibliotheken Frankfurt und Marburg zu unterstützen. In der Frage des Auskunftsdienstes treffen sich die Überlegungen des Bibliotheksausschusses mit denen des Wissenschaftsrates. Die Auskunftserteilung gehört ohne Frage zu den eigenständigen Aufgaben jeder einzelnen Bibliothek. Da jedoch gerade diese wichtige Funktion der Bibliotheken nicht durch Etatschwierigkeiten verzögert werden darf, hat sich die Forschungsgemeinschaft bereit erklärt, vorübergehend die Kosten für die Einstellung bibliothekarischer Hilfskräfte zu übernehmen, bis die Stellenpläne entsprechend erweitert worden sind.

Zur Förderung der Handschriftenkatalogisierung wurden seit 1960 insgesamt 1 145 000,— DM bewilligt. Ergebnisse in Gestalt gedruckter Handschriftenkataloge können naturgemäß erst nach mehrjähriger Arbeit erwartet werden. Schon abgeschlossen werden konnte jedoch die Katalogisierung der Handschriften in der Landesbibliothek Coburg und die Verzeichnung des Arno-Holz-Nachlasses in der Amerika-Gedenkbibliothek in Berlin.

Im internationalen Schriftenaustausch übt die Forschungsgemeinschaft gemäß einer UNESCO-Konvention aus dem Jahre 1958 weiterhin die Funktion einer nationalen Tauschzentrale aus, obgleich die inzwischen von zehn Ländern unterzeichnete Konvention von der Bundesrepublik noch immer nicht ratifiziert wurde. Im Rahmen des Internationalen Dublettenaustausches wenden sich Bibliotheken aus verschiedenen Ländern mit Angebots- und Wunschlisten an die Forschungsgemeinschaft. Außerdem werden Tauschsendungen deutscher wissenschaftlicher Institutionen ins Ausland und auf dem Weg über entsprechende Tauschzentralen anderer Länder hier eingehende Sendungen ausländischer Institutionen weiterbefördert. Welchen Umfang diese Arbeit angenommen hat, zeigt folgende Übersicht über den Versand und Eingang von Tauschsendungen im internationalen Schriftentausch:

Land	Versand in das Ausland	Eingang aus dem Ausland
Australien	3 348	97
Belgien	5 474	476
Dänemark	3 050	1 986
Finnland	9 902	3 132
Frankreich	9 675	—
Italien	4 924	1 766
Niederlande	1 779	1 751
Norwegen	962	1 443
Österreich	15 301	7 926
Polen	2 106	—
Portugal	210	559
Schweden	9 070	—
Schweiz	8 522	3 016
Spanien	706	673
USA	9 938	45 051
Tschechoslowakei	797	424
Verschiedene Länder	2 624	3 226
Gesamt	99 519	79 068

Auch die übrigen Tauschbeziehungen der Forschungsgemeinschaft konnten ausgebaut werden. Versuchsweise ist ein neues Abkommen mit der Lenin-Bibliothek für den gegenseitigen Austausch monographischer Neuerscheinungen angelaufen. Auch mit China, Japan, Korea sind die Verbindungen in dieser Richtung intensiviert worden. Im Dissertationstausch mit Frankreich sind 1744 Thesen eingegangen und verteilt worden.

Für Buchspenden an ausländische wissenschaftliche Bibliotheken standen 825 000,— DM im Jahre 1962 zur Verfügung. Die Wünsche, die aus 79 Ländern an die Forschungsgemeinschaft herangetragen worden sind, zeugen von dem großen Interesse, das die ausländischen Gelehrten der deutschen wissenschaftlichen Literatur entgegenbringen. Aus der Tätigkeit der deutschen diplomatischen Vertretungen, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, aus der Entsendung deutscher Professoren ins Ausland und aus zahlreichen Partnerschaften zwischen deutschen und ausländischen Universitäten ergeben sich ständig neue Anregungen für eine solche Hilfe. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1270 Bücher- und Zeitschriftenspenden versandt, davon 494 an Institute, an denen ehemalige Humboldt-Stipendiaten tätig sind. Besonders wertvolle Sendungen gingen an die Universidad Técnica „Federico Santa Maria“ in Valparaiso, an das Instituto Superior Técnico in Lissabon, an das Indian Institute of Science in Bangalore, an die Israelische Bar Ilan-Universität in Ramat-Gan, an die Medizinische Fakultät der Universidad de Los Andes in Mérida, an die Medizinische Fakultät der Estudio General de Navarra in Pamplona und an die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Damaskus.

Die Kommissionen und Ausschüsse

Im März 1962 beschloß der Senat der Forschungsgemeinschaft, eine Kommission zur Prüfung der wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Reinhaltung der Luft zu gründen, nachdem schon vorher mit der Förderung dieses Gebietes im Schwerpunktprogramm begonnen worden war. Es hatte sich in zunehmendem Maße gezeigt, daß bisher in allen Gremien, die sich mit einschlägigen Fragen beschäftigen, verständlicherweise die Problematik der angewandten Forschung und darüber hinaus die Erprobung praktischer Maßnahmen für eine wirksame Bekämpfung der Verunreinigung der Luft im Vordergrund stehen. Viele Grundlagenfragen sind jedoch bisher ungeklärt geblieben. Probleme dieser Art soll die neu geschaffene Kommission bearbeiten. Dabei legt der Senat auf eine Abstimmung und Zusammenarbeit mit der VDI-Kommission Reinhaltung der Luft Wert. Die Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen und zwei Arbeitsgruppen „Luftbestandteile“ und „Meßmethoden“ gebildet.

In der gleichen März Sitzung beschloß der Senat, eine Kommission für Lärmforschung ins Leben zu rufen. Die Forschungsgemeinschaft hatte sich des Lärmproblems bereits vor Jahren bei der Förderung des Schwerpunktes „Angewandte Akustik“ angenommen. Unter dem gleichen Titel ist ein Kapitel in Teil 3 der Denkschriftenreihe „Angewandte Forschung“ erschienen. Für den Beschluß, eine besondere Kommission zu bilden, war die Erkenntnis maßgebend, daß zwar auf dem Gebiet der Lärmbekämpfung eine Reihe ernsthafter praktischer Bemühungen zu verzeichnen sind und auch die Entstehung des Lärms vielfach bereits ausreichend untersucht ist, daß aber über die Einwirkung von starken und schwachen Geräuschen auf den Menschen noch viel zu wenig wissenschaftliche exakte Kenntnisse vorliegen. Vor allem werden daher medizinische Forschungsvorhaben anzuregen sein.

Vier Kommissionen arbeiten auf geisteswissenschaftlichem Gebiet, die Kommission für begriffsgeschichtliche Forschung, die Kommission für die Herausgabe der Werke Hegels, die Kommission für germanistische Forschung und die Kommission für vordringliche sozialpolitische Fragen.

Die VII. Ordentliche Mitgliederversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (Gemeinschaftsaktion der Gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Forschung, Lehre und akademischer Ausbildung) findet am 5. Oktober 1964 in Essen statt.

Im Hinterzarter Kreis treffen sich die Krebsforscher zu Rundgesprächen, die Kommission für Berufskrebs befaßt sich vor allem mit Fragen des Haut-, Blasen- und Lungenkrebses. Eine dritte Kommission auf medizinischem Gebiet prüft die Konzentration gesundheitsschädlicher Stoffe am Arbeitsplatz, die Kommission für Radiologie betreibt ein Schwerpunktprogramm, in dem vor allem die klinische Radiologie gefördert werden soll.

Wichtigen Fragen der Gesundheit dient auch eine Reihe weiterer Kommissionen, in denen oft Forscher verschiedener Disziplinen miteinander zusammenarbeiten, so die Kommission für Ernährungsforschung, die Farbstoffkommission, die Kommission zur Prüfung der Lebensmittelkonservierung, die Kommission zur Untersuchung des Bleichens von Lebensmitteln, die Kommission zur Prüfung fremder Stoffe bei Lebensmitteln und die Kommission für Pflanzenschutz, Pflanzenbehandlungs- und Vorratsschutzmittel. Die laufenden Mitteilungen dieser Kommissionen dienen zugleich als wichtige Unterlage für den Gesetzgeber.

Das schon erwähnte Rechenanlagenprogramm wird von der Kommission für Rechenanlagen und ihrem Apparatausschuß betreut. Die vorherige Kommission für Luftfahrtforschung ist umgebildet und in Kommission für Flugforschung umbenannt worden. Da sich die Luftfahrt mit ihren wachsenden Geschwindigkeiten und Flughöhen dem Bereich der Raumfahrt mehr und mehr nähert, änderte und erweiterte sich das Aufgabengebiet der Kommission. Sie bearbeitet auch Fragen der Weltraumforschung, soweit sie mit der Luftfahrt in engem Zusammenhang stehen.

Ein besonders umfangreiches Arbeitsprogramm hatte die Kommission für Ozeanographie zu bewältigen. Die Denkschrift zur Lage der Meeresforschung wurde im Juli 1962 veröffentlicht. Spezielle Unterkommissionen für den Bau des neuen Forschungsschiffes Meteor II, das Anfang 1964 in Dienst gestellt werden soll, setzten ihre Arbeit zur Geräteentwicklung und für die wissenschaftliche Grundausstattung des Forschungsschiffes fort. Weitere Unterkommissionen befaßten sich mit den Expeditionsplänen des neuen Forschungsschiffes. Schließlich hält die Kommission enge Fühlung mit den internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Meeresforschung.

Der Ausschuß für „Angewandte Forschung“ befaßte sich vor allem mit dem Schwerpunktprogramm der Forschungsgemeinschaft im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften, mit Fragen der Veröffentlichung und Verbreitung von Forschungsergebnissen und mit von der Wissenschaftskommission der NATO ausgehenden Überlegungen zur Gründung eines internationalen Instituts für Natur- und Ingenieurwissenschaften. Führende Fachleute referierten über Einzelgebiete der angewandten Forschung. In der Denkschriftenreihe „Angewandte Forschung“ erschienen Teil 6 „Meteorologie“, Teil 7 „Analytische Chemie“, „Bergbau“, „Schweißtechnik“. Aus Teil 8 wurde das Kapitel „Reinhaltung der Luft“ vorab veröffentlicht.

Zu erwähnen ist schließlich in diesem Zusammenhang die Denkschrift „Zur Lage der Astronomie“, die ebenfalls im Jahre 1962 erschien.

Nach dem Haushaltsbericht, der die Einnahmen und Ausgaben detailliert gegenüberstellt, das Vermögen der Forschungsgemeinschaft bilanzmäßig nachweist und mit dem Rechnungsprüfungsbericht abschließt, folgt die Zusammenstellung der rund 4500 geförderten Vorhaben und Veröffentlichungen. Sie ist im Normalverfahren fachgebietsweise, im Schwerpunktverfahren nach den einzelnen Programmen übersichtlich gegliedert und stellt eine Fundgrube für jeden, der sich über die Breite der wissenschaftlichen Arbeit in Deutschland orientieren will, dar. Zugleich zeigt sie die Vielseitigkeit der von der Forschungsgemeinschaft geleisteten Arbeit.

Der Jahresbericht schließt mit dem **A n h a n g**, der nach dem Stand vom 1. Juni 1962 die Satzung der Forschungsgemeinschaft, die personelle Zusammensetzung ihrer Organe und ein mehrseitiges Verzeichnis der Veröffentlichungen der Forschungsgemeinschaft enthält.

Valentin v. Massow

I.

Unsere Frage stellt zwei Begriffe zusammen, die unterschiedliche Gefühle hervorrufen, weil der eine Glanz ausstrahlt und der andere Mißbehagen erweckt.

„Wissenschaft“: Der Glaube an sie ist die Ersatzreligion der Zeit, ganz unverhüllt in der kommunistischen Welt, mehr oder weniger verstoßen in der unsrigen. Unter Wissenschaft verstehen wir Forschung und Lehre, und Forschung meint Wahrheitssuche mit rationalen Mitteln, methodisch und systematisch durchgeführt. An die Stelle des Wahrheitsstrebens als Triebfeder kann Machtstreben treten, d. h. die eigentlichen wissenschaftlichen Motive können durch politische, militärische und wirtschaftliche ersetzt werden. Aus welchem Grunde auch geforscht wird, auf jeden Fall müssen wir uns von einem Denkklesee trennen, das so aussieht: Das öffentliche Leben zerfällt in die Gebiete Politik, Wirtschaft und Kultur; zur Kultur gehören Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und die geistlichen Angelegenheiten, und Wissenschaft gliedert sich wieder in Forschung und Lehre. Demgegenüber ist festzustellen: Forschung ist nicht ein Teil des Kultursektors, sondern heute tragende Säule des Ganzen; Wissenschaft ist gleichermaßen bedeutungsvoll für Politik, Wirtschaft und Weltraumforschung zu erinnern, um festzustellen, daß die Außenpolitik der Mächte heute genauso sehr auf dem wissenschaftlichen wie auf dem militärischen Potential beruht. Man braucht nur auf Elektronik und Maschinenteknik, auf Flugwissenschaft und Kybernetik (als Basis jeder Automation) hinzuweisen, und man spürt, wie sehr Wissenschaft Basis unseres ganzen Lebens, Basis auch von Produktion und Export der Wirtschaft geworden ist: Wissenschaft wird heute ganz groß geschrieben; es erscheint fast als ein Ehrfurcht gebietendes Wort.

Demgegenüber „Verwaltung“: Wie matt klingt es, wie zweitrangig, wie suspekt! Es ist den Deutschen noch verdächtiger als den Angelsachsen ihr „administration“. Bemerkenswert ist der Glanzverlust von „walten“ zu „verwalten“. „Walten“ hat Gewicht, von ihm strahlt Kraft aus: „Das walte Gott“. Aber „verwalten“? Gewiß, man denkt an Ordnung und regelnde Tätigkeit, an Organisation und Managertum. Denkt man nicht auch an Subalternität und klingt das „ver“ nicht wie „zer“, so wie man in Schwaben und in der Schweiz „zerschieden“ für „verschieden“ gebrauchte, das negative „zer“ des Zertrennens statt Aufbaus, die Unlust des „Zer“stückelns und „Zer“rinnens? Aber leider ändern alle diese gefühlsmäßigen Widerstände gegen den Begriff Verwaltung nichts daran, daß sie in unserer technisierten Massenwelt immer bedeutungsvoller wird. Je größer die Zahl der Menschen, je geringer der Spielraum um den einzelnen, um so notwendiger werden gewollte Ordnung, Planung und Organisation, nehmen Funktion und Macht des Verwaltungsmannes zu. So wird auch Verwaltung der Wissenschaft zum Problem, über das nachzudenken sich lohnt.

II.

Die Bedeutung der Wissenschaft für alle Teile unseres Lebens läßt Wissenschaft immer mehr zum Gegenstand staatlicher Förderung werden. Die Kostspieligkeit moderner wissenschaftlicher Apparaturen und der aus der Komplizierung und Spezialisierung der Wissenschaft erwachsende Zwang zu nationaler und internationaler Zusammenarbeit tun dazu das ihrige. Im wirtschaftlichen Bereich können nur noch Großunternehmen die Gelder aufbringen, die die Forschung erfordert. Die mittlere und kleinere Industrie braucht staatliche Hilfe, und die Stimmen werden immer lauter, die den Staat aufrufen, er möge die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Produktion (einschließlich der technischen Entwicklung) in weit größerem Umfange schaffen als bisher. Daß man dort, wo reine Wissenschaft aus Wahrheitssuche betrieben wird, heute ohne staatliche Förderung nicht mehr auskommt, erscheint selbstverständlich.

Nun muß aber staatliche Förderung keineswegs staatlichen Dirigismus bedeuten, sondern man muß sich vor Augen führen, daß es zwei gleichberechtigte Prinzipien öffentlichen Wirkens gibt: autoritative Führung durch Staatsorgane und genossenschaftliche Selbstverwaltung. Dieses zweite Prinzip ist besonders der parlamentarisch-demokratischen Staatsform gemäß; so ist es kein Zufall, daß Groß-

britannien Vorbild sowohl für Parlamentarismus wie für selfgovernment wurde. Unsere westliche Welt beruht auf der Polarität von Autorität und Freiheit, wobei der Grundsatz gilt: soviel Autorität wie nötig, soviel Freiheit wie möglich. Dem entspricht das Subsidiaritätsprinzip in der Soziallehre, nach dem dem einzelnen überlassen bleibt, was er leisten kann, und die kleinere Gemeinschaft solange den Vorrang vor der größeren haben soll, als die größere nicht überwiegende Vorteile mit sich bringt. Natürlich kann nicht geleugnet werden, daß die technisierte Massenwelt von heute einen Trend zur größeren Gruppe, d. h. letzten Endes zur staatlichen Führung und damit auch zum Autoritätsprinzip hat. Gerade weil das so ist, gilt es im Interesse der Freiheit des einzelnen und der kleineren Gemeinschaften immer wieder in Verantwortung sich zu fragen, ob im Einzelfall Zentralisierung und Verstaatlichung wirklich unumgänglich sind, und nicht zu schnell und unbedenklich dem Sog zu erliegen, den unsere Massenwelt erzeugt.

III.

Untersuchen wir die Wissenschaft darauf hin, welche Verwaltungsform sie erfordert, so müssen wir wieder wissenschaftliche Lehre und wissenschaftliche Forschung trennen. Die Lehre vollzieht sich fast ausschließlich in den wissenschaftlichen Hochschulen, in denen akademische Selbstverwaltung und Staatsverwaltung im ganzen sinnvoll und gut zusammenarbeiten. Wir werden unsere Überlegungen heute auf die Forschung beschränken. Bei ihr müssen wir unterscheiden: die eigentlichen Forschungsinstitute und die Organisationen der Forschungsförderung, die nicht eigene Institute tragen, sondern — vor allem durch finanzielle Zuwendungen — die Forschungen anderer und die Ausbildung des Nachwuchses fördern.

Forschungsstätten sind im öffentlichen Bereich:

- die Institute der wissenschaftlichen Hochschulen,
- die Akademien der Wissenschaften,
- die Institute der Max-Planck-Gesellschaft,
- verschiedene Bundesanstalten und Anstalten der Länder und Gemeinden.

Institutionen der Forschungsförderung im öffentlichen Raum sind — neben Bund und Ländern — vor allem

- die Deutsche Forschungsgemeinschaft,
- der Deutsche Akademische Austauschdienst,
- die Alexander-von-Humboldt-Stiftung,
- die Studienstiftung des Deutschen Volkes,
- das Deutsche Studentenwerk.

Diese fünf Institutionen bilden zusammen mit den wissenschaftlichen Hochschulen, den Akademien der Wissenschaften und der Max-Planck-Gesellschaft die sogenannten „Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft“¹⁾. Wir haben sie an anderer Stelle genauer untersucht²⁾ und sie folgendermaßen definiert:

— Sie sind Personenvereinigungen mit Rechtspersönlichkeit — repräsentativ für die Wissenschaft als Aufgabengebiet von öffentlicher Bedeutung und überwiegend aus Wissenschaftlern bestehend —, die auf genossenschaftlicher Grundlage mit staatlicher Anerkennung, aber in Eigenverantwortlichkeit im Allgemeininteresse handeln. — Die staatliche Verwaltung verkörpert mehr das Autoritätsprinzip, die Selbstverwaltungsinstitutionen mehr das Freiheitsprinzip. Daß die Selbstverwaltung im Wissenschaftsbereich eine besondere Bedeutung hat, ist einleuchtend, wenn man an den in Art. 5 der Verfassung garantierten, sich aus dem Wesen der Wissenschaft ergebenden Grundsatz denkt: „Forschung und Lehre sind frei.“

Die entscheidende Frage ist nun, wie man in der Praxis Staatsverwaltung und Selbstverwaltung sinnvoll gegen-

1) In der Praxis der Forschungsförderung spielen auch private Organisationen eine große Rolle, vor allem der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Stiftung Volkswagenwerk, die Fritz-Thyssen-Stiftung, die Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland. Dies gilt ebenso von einigen Organisationen, die primär aus Gründen der Wirtschaftsförderung entstanden sind, wie die Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) und die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung. Von ihnen allen können wir in unserem Zusammenhang, wo es um die Abgrenzung von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung der Wissenschaft geht, absehen.

2) Vgl. Kurt Zierold „Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft in der Bundesrepublik“ in „Die öffentliche Verwaltung“, Stuttgart 1961, S. 686 f.

einander abgrenzt. Diese Abgrenzung ist Voraussetzung für eine gute und enge Zusammenarbeit, die unbedingt nötig ist. Eine Antwort wird sich am leichtesten finden lassen, wenn man die Vorteile beider Verwaltungen einander gegenüberstellt.

Die positiven Seiten der Selbstverwaltung scheinen uns im folgenden zu liegen:

1. Was juristisch Selbstverwaltung heißt, bedeutet ethisch Selbstverantwortung in Freiheit.

Selbstverantwortung ist das Prinzip des reifen Menschen und das eines reifen Staates. Sie ist ein Wert in sich, nicht zuletzt, weil sie die Bereitschaft zur Initiative und die Arbeitsfreudigkeit steigert.

2. In der Selbstverwaltung der Wissenschaft kommt der Sachverstand der Forscher unmittelbarer und stärker zur Geltung, weil Fachwissen und Verwaltung hier eine Personalunion eingegangen sind.

Nehmen wir als Beispiel die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Bei ihr wird jeder Antrag auf Forschungsförderung mindestens drei Gutachtern vorgelegt, die aus freien und geheimen Wahlen aller deutschen Forscher hervorgegangen sind. In vielen Fällen werden außerdem Spezialisten als Sondergutachter hinzugezogen. Die Entscheidung liegt bei dem Hauptausschuß der Forschungsgemeinschaft, der überwiegend wieder aus Forschern besteht, außerdem aus führenden Persönlichkeiten des Bundes, der Länder und der Wirtschaft. Die Gründlichkeit und Sorgfalt dieses Verfahrens ist kaum zu überbieten, was für Geldempfänger wie für Geldgeber ein Grund der Beruhigung und des Vertrauens sein kann.

3. Die Selbstverantwortungsorganisationen, insbesondere die privatrechtlich organisierten, können unbürokratischer arbeiten als Staatsstellen; das wird beispielsweise bei einem Vergleich von Max-Planck-Instituten mit staatlichen Forschungsanstalten deutlich. Die Max-Planck-Institute sind viel beweglicher und flexibler in ihrer Haushaltsgestaltung, sie sind schneller in ihren Entschlüssen, weniger durch schwerfällige Vorschriften über Kassenführung, Etatmeldungen, Berichtswesen und Laufbahnbestimmungen gehemmt und von keinem finanziellen Fallbeil am Ende des Etatjahres bedroht.

4. Das Handeln der Selbstverwaltungsorganisationen ist erheblich durchsichtiger als das der Staatsstellen. Die Öffentlichkeit wird genauer über sie unterrichtet. Fast alle Selbstverwaltungsorganisationen geben gründliche jährliche Rechenschaftsberichte in Buchform heraus; sie sind für jeden Staatsbürger einzusehen, schon weil sie in den öffentlichen Bibliotheken erhältlich sind. Nehmen wir als Beispiel wieder die Deutsche Forschungsgemeinschaft als die umfassendste der Selbstverwaltungsorganisationen. In ihrem Jahresbericht wird jede einzelne Bewilligung mit dem Namen des Bedachten und unter Angabe des Forschungsthemas veröffentlicht. Damit stellt sich die Forschungsgemeinschaft der Kritik der Fachgenossen im In- und Ausland und der Geldgeber, d. h. jeden Steuerzahlers. Darüber hinaus werden in vertraulichen Listen die finanziellen, sachlichen und personellen Einheiten jeden Antrags allen Hauptausschußmitgliedern, d. h. 15 Forschern, 6 Vertretern von Kultusministerien, 6 Vertretern von Bundesministerien und 2 Vertretern der Wirtschaft mitgeteilt. Schließlich werden sämtliche Hochschulverwaltungen, auch soweit sie nicht im Hauptausschuß vertreten sind, von den sie berührenden Entscheidungen unterrichtet. Hier geschieht nichts im Dunkeln. Daß die Selbstverwaltungsorganisationen, da sie alle öffentliche Gelder erhalten, genauso wie die Staatsstellen von den Rechnungshöfen geprüft werden, ist selbstverständlich, die Deutsche Forschungsgemeinschaft z. B. nicht nur von einer privaten Revisions- und Treuhandgesellschaft, sondern außerdem von dem Bundesrechnungshof und dem Rechnungshof des Landes Nordrhein-Westfalen.

5. Die Selbstverwaltungsinstitutionen können leichter als es Staatsstellen möglich ist, das Ergebnis unterstützter Forschungsvorhaben würdigen und auswerten. Die Forschungsgemeinschaft legt z. B. die jährlich zu erstattenden Berichte der unterstützten Forscher ihren Fachgutachtern vor, gibt kritische Äußerungen vor allem an die Stipendiaten und Nachwuchsforscher weiter, veranstaltet Kolloquien, um Forscher benachbarter Arbeitsgebiete zusammenzubringen, und verhilft vielen Forschungsarbeiten zum Druck.

Als positive Seite staatlicher Verwaltung erscheint uns folgendes:

1. Der Staat kann im Einzelfall schneller handeln. Wie das parlamentarisch-demokratische System langsamer im Fassen und Verwirklichen von Entschlüssen ist als die autoritären Staatsformen, so ist in der Verwaltung das genossenschaftliche Verfahren zeitraubender als das staatlicher Autorität. Die Langsamkeit ist in beiden Fällen ein Opfer, das man der Freiheit bringt. Es gibt aber Situationen, vor allem in Notzeiten, in denen man im Interesse der Beschleunigung mit der Einschränkung von Freiheitsrechten einverstanden sein muß.

2. Der Staat kann besser politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen als die Selbstverwaltungsorganisationen, die sich immer primär von wissenschaftlichen Überlegungen leiten lassen werden. Daß alle militärische Zweckforschung, die der Geheimhaltung bedarf, staatlicher Führung vorbehalten bleibt, erscheint selbstverständlich.

3. Wo Forschung in Entwicklung übergeht, d. h. wo es sich nicht mehr um Gewinnung neuer Erkenntnisse handelt, sondern darum, gewonnene Erkenntnisse zu erproben und praktisch auszuwerten, ist der Staat zuständig als die Selbstverwaltung (soweit man das Stadium der Entwicklung und Erprobung nicht überhaupt der Wirtschaft überlassen kann).

Aus diesem Katalog der Vorzüge von Staats- und Selbstverwaltung ergibt sich folgende allgemeine Richtlinie:

Da die Forschung nach ihrem Wesen und aus Verfassungsgründen in besonderem Maße der Freiheit bedarf, soll man sie soweit wie möglich den Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft und sonstigen halböffentlichen oder privaten Institutionen, die das genossenschaftliche Prinzip vertreten, überlassen. Unmittelbarer staatlicher Führung ist die militärische Forschung reserviert und die Forschung, die primär unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten notwendig ist, soweit die wirtschaftsnahe Forschung nicht der Privatinitiative der Wirtschaft allein anvertraut bleiben kann. Das Gleiche gilt für das auf die angewandte Forschung folgende Stadium der Entwicklung und Erprobung.

IV.

Eine besondere Behandlung erfordern die Fragen der Forschungsplanung und der internationalen Forschung.

Man spricht wieder viel von Forschungsplanung, nachdem das Wort lange Zeit verpönt war; es macht manchem allerdings auch heute noch Unbehagen. Wenn es jetzt auch 30 Jahre her ist, seit die große Freiheitsberaubung in Deutschland begann, so erinnern sich doch noch allzu viele daran, daß das Wort Planung das Signal- und Tarnungswort für diese Freiheitsberaubung war. Forschungsplanung hieß: Nicht der Forscher bestimmte, was geforscht werden sollte, sondern der Machthaber; er griff in Thematik und Mitarbeiterstab ein, er bestimmte, für welche Forschung es Geld gab, wobei er sich selten von wissenschaftlichen, sondern meist von politischen Gesichtspunkten leiten ließ. Diese Forschungsführung und Forschungsplanung lehnt jeder leidenschaftlich ab, der sie erlebt hat. Es gibt eine Forschungsplanung ohne Freiheitsentzug, wie sie z. B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft seit Jahren in ihren Schwerpunktprogrammen durchführt, und sie sollte ein wenig dazu mithelfen, die aus trüben Erinnerungen genährte Allergie gegen das Wort Planung zu heilen. Die Schwerpunktprogramme der Forschungsgemeinschaft sind aus freiem Entschluß führender Fachleute des betreffenden Gebiets entstanden; auf niemanden wird ein Druck ausgeübt, sich an den wissenschaftlichen Arbeiten zu beteiligen. Es werden nur besondere Mittel denen zur Verfügung gestellt, die Lust haben mitzumachen. Über die großen Erfolge dieser Schwerpunktprogramme, in vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen dokumentiert, besteht allgemeine Einigkeit. Sie weiter auszubauen ist, wenn das Geld zur Verfügung gestellt wird, leicht möglich. Wenn man fragt, wie auf dem Gebiet der Schwerpunktplanung Staat und Selbstverwaltung zusammenwirken sollen, so scheint die Antwort leicht: Die Planung von Schwerpunkten aus wissenschaftlichen Gründen überlasse man der Selbstverwaltung; soweit Schwerpunkte aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen nötig sind, plane der Staat. Die Durchführung der Schwerpunktprogramme überlasse man der Selbstverwaltung, soweit sie in ihrem Aufgabengebiet liegen; soweit das nicht der Fall ist, insbesondere wenn neue Hochschulen entstehen

oder wissenschaftliche Staatsinstitute gegründet werden müssen, tue der Staat selbst das Erforderliche, bei Hochschulen natürlich im Zusammenwirken mit der akademischen Selbstverwaltung.

Wie die Forschungsplanung sollte auch die internationale Forschung ein Gebiet freundschaftlichen Zusammenwirkens von Staat und Selbstverwaltung sein. Auch hier heiße es zunächst: freie Betätigung auf internationalem Gebiet für alle Selbstverwaltungsorganisationen und alle wissenschaftlichen Fachverbände; Hilfe des Staats bei der Gründung und Verwaltung internationaler wissenschaftlicher Institute, staatliche Führung bei jenen internationalen Unternehmungen, die von überragender politischer und wirtschaftspolitischer Bedeutung sind, z. B. Atomtechnik und Weltraumfahrt.

V.

Abschließend ist zu sagen:

Die Wissenschaft bedarf mehr als andere Lebensgebiete der Freiheit und daher auch der Selbstverwaltung.

Die Staatsverwaltung muß sich der Wissenschaft sehr viel mehr annehmen als bisher geschehen.

Eine enge Zusammenarbeit beider Verwaltungsformen ist dringend nötig. Es gibt Gebiete klarer Scheidung: z. B. für militärische Forschung die Staatsverwaltung, für geisteswissenschaftliche Forschung im Regelfall die Selbstverwaltung.

Daneben gibt es Gebiete des Miteinander: z. B. weite Gebiete der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung.

Darüber hinaus ist es die große Aufgabe des Staats, die Selbstverwaltungsorganisationen mitzufinanzieren. Ist der Staat damit überfordert?

Wir wiederholen, was wir an anderer Stelle sagten³⁾:

— „Die echte Bejahung des Selbstverwaltungsprinzips fordert von einem Politiker, sei er Minister oder Abgeord-

3) Kurt Zierold „Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft in der Bundesrepublik“ in „Die öffentliche Verwaltung“, Stuttgart 1961, S. 693 f.

4) Ministerialdirektor Vialon sagt in seinem Kommentar zur Haushaltsordnung („Haushaltsrecht“, 2. Aufl., Berlin 1959, S. 514) mit Recht: „Auf dem Gebiet der verstärkten Einschaltung der Selbstverwaltung versagen Haushaltsplan und Bewirtschaftung von Jahr zu Jahr. So verständlich die umgekehrte Erscheinung wäre, ist immer wieder festzustellen, daß Behörden zu einer Weitergabe von Arbeit an Dritte (außerhalb des Behördenbereichs) nicht neigen.“

5) Referat auf dem 22. Parteitag der KPdSR, Prawda, 19. Oktober 1961, zitiert bei Wolfgang Leonhard „Sowjet-Ideologie heute“, Frankfurt/M., 1962, S. 259.

ner, ein hohes Maß von staatspolitischer Einsicht. Politiker sein heißt, aus Leidenschaft mit der Macht umgehen, auf Machterhaltung und Machtgewinn aus sein. Für das natürliche Gefühl des Politikers gilt der Satz: „Wer zahlt, herrscht!“ Selbstverwaltungsorganisationen finanziell fördern und auf die staatliche Entscheidungsbefugnis verzichten: das muß sich der Politiker immer wieder neu abringen. Nur in reifen Demokratien ist das möglich. Es wird immer wieder Rückfälle geben, und die Selbstverwaltung ist in ständigem Verteidigungszustand. Im Verteidigungszustand auch gegen das Erweiterungsstreben vieler Ministerialvertreter. Es sind nicht die schlechtesten, weil es die aktivsten sind, die zur Expansion drängen, und da man anderen Ministerien schwer Zuständigkeiten entreißen kann, liegt es nahe, sich an die politisch immer schwächeren Selbstverwaltungsorganisationen zu halten⁴⁾. Nur staatsmännische Einsicht und die Bereitschaft zum Maßhalten auf seiten der Behördenvertreter schützen die Selbstverwaltungsorganisationen vor Einbrüchen in ihren Bereich oder ermöglichen gar die Übertragung neuer Aufgaben auf sie. Diese Selbstbescheidung der Behörden wird allerdings dadurch ein wenig erleichtert, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik betont selbstverwaltungsfreudig ist. Das veranlaßt auch manchen Politiker zum Lob der Selbstverwaltung. Hier wie sonst ist aber oft ein weiter Weg vom Wort zur Tat.“

Zum Schluß ein Blick nach Osten. Die Praxis des Bolschewismus ist jeder Selbstverwaltung feindlich. Die Sowjetunion und alle ihre Satelliten sind zentralistisch: Alles hängt von einer staatlichen Kommandostelle ab, die für das Prinzip der Selbstverwaltung in Freiheit keinen Raum läßt. Interessant bleibt aber die Bedeutung der Selbstverwaltung in der marxistischen Theorie, denn sie besagt: Einst wird der Kommunismus rein verwirklicht werden, dann stirbt der Staat ab und es gibt nur noch Selbstverwaltungsorganisationen! Oder mit den Worten Chruschtschows⁵⁾:

„Der Staat wird noch lange nach dem Sieg der ersten Phase des Kommunismus bestehen bleiben. Der Prozeß des Absterbens des Staates wird äußerst langwierig sein, wird eine ganze historische Epoche umfassen und erst dann vollendet sein, wenn die Gesellschaft völlig für die Selbstverwaltung reif geworden ist.“

Die Sowjetideologie macht es mit der Selbstverwaltung wie mit der Freiheit; sie erkennt diese hohen Werte an, aber verweist sie ins Land Utopia! Es gehört zu den Aufgaben des Westens in seinem Kampf gegen die Weltherrschaftsbestrebungen des Kommunismus, durch die Tat zu beweisen, daß Selbstverwaltung kein Zukunftstraum ist, sondern Wirklichkeit in einer freiheitlichen Welt.

Kulturpolitische „Flurbereinigung“

Wichtige Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder

HD — Auf der Beratung kulturpolitischer Fragen lag ein starker Akzent der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder vom 10.—12. Juni in Saarbrücken, wie auch die Finanzierung neuer Hochschulen und Einzelprobleme der Hochschulreform auf der Tagesordnung standen. In einem Grundsatzbeschuß wiesen die Ministerpräsidenten darauf hin, daß die „unsystematische Förderung der verschiedensten Aufgaben in den Haushalten des Bundes und der Länder“ die bundesstaatlichen Beziehungen belastet und nicht der ordnungsgemäßen Erfüllung dieser Aufgaben dient. Daher soll eine einwandfreie Klärung herbeigeführt werden, welche Aufgaben nur gemeinschaftlich von Bund und Ländern wahrgenommen werden können und welche Aufgaben eindeutig in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fallen. Die Finanzierung von Länderaufgaben und andererseits der Entzug von Ländermitteln durch den Bund seien verfassungsrechtlich unzulässig und finanzpolitisch nicht vertretbar. Soweit die Kräfte eines Landes in seinem Zuständigkeitsbereich überfordert werden, „müssen die Länder gemeinsam die finanzielle Förderung dieser Aufgaben wahrnehmen oder durch einen entsprechenden Ausgleich untereinander gewährleisten“. Die Selbständigkeit der Länder und ihrer Haushaltsmittel sei auch dadurch beeinträchtigt, daß der Bund die Hergabe seiner Mittel von der gleichzeitigen Bereitstellung von Landesmitteln abhängig mache. Die Ministerpräsidenten beauftragten zugleich eine Kommission, bestehend aus den Regierungschefs von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein, Grundlagen für kommende Verhandlungen zwischen Bund und Ländern

zu erarbeiten. Die Behandlung des Entwurfs eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Förderung kulturpolitischer Aufgaben wurde demgemäß bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt.

Damit dürfte auch die am 16. Mai vom Bundestag einstimmig beschlossene Aufforderung an die Bundesregierung, über dieses Verwaltungsabkommen beschleunigt zu verhandeln, vorerst nicht zu praktischen Konsequenzen führen. Angestrebt wurde eine solche Zuständigkeitsabgrenzung bereits seit 1958, wobei der Bundestag angesichts der ergebnislosen Bemühungen bereits am 1. Juli 1960 eine ähnliche Aufforderung einstimmig beschloß. Allerdings geht es bei den jetzigen Überlegungen der Ministerpräsidenten nicht allein um Finanzierungs- und Verwaltungsfragen. Vielmehr wird gleichzeitig eine umfassende Regelung sachlicher Fragen zwischen Bund und Ländern angestrebt, um „die unfruchtbare verfassungspolitische Auseinandersetzung“ zu beenden und einen „Verfassungsfrieden von Dauer“ herzustellen. Der künftigen Entwicklung wird man also wohl größte Bedeutung zumessen müssen.

Die baldige Verwirklichung der Pläne zur Gründung neuer Hochschulen sei im allgemeinen Interesse geboten und die Gründung selbst sei als eine Aufgabe der Länder anzusehen, erklärten die Ministerpräsidenten in einem weiteren Beschluß. Die Finanzierung soll durch Abkommen gesichert werden, welche die Finanzkraft und die eigenen Leistungen der einzelnen Länder für ihre wissenschaftlichen Hochschulen berücksichtigt. Die Konferenzen der Finanz- und Kultusminister wurden beauftragt, Einzel-

heiten für diese Regelung bis zum Jahresende auszuarbeiten.

Nun ist damit — wie zu hören war — eine Beteiligung des Bundes an dieser Finanzierungsaufgabe keineswegs, auch nicht stillschweigend, ausgeschlossen. Allerdings haben die Länder ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt, hier ihre eigenen Mittel, gegebenenfalls durch einen Finanzausgleich, zunächst einzusetzen. Zur Debatte steht wahrscheinlich ein gemeinsamer Fonds, in den die Länder gemäß ihrem Steueraufkommen gemeinsam Beträge einbringen. Es kann aber durchaus auch zu mehreren Abkommen jeweils für die einzelnen neuen Hochschulen kommen. Allerdings ist mit schnellen Ergebnissen nicht zu rechnen, da die Entwürfe vor Jahresende nicht vorliegen werden und dann noch unter Umständen der Ratifizierung durch die Landtage bedürfen. Ob und wie sich schließlich noch der Bund beteiligt, steht vorerst dahin. Veranlaßt wurde dieser Beschluß durch einen Vorschlag von Bremen, womit erstmals die anderen Länder mit der Neugründung in Bremen offiziell befaßt waren.

Die ohne zwingenden Grund fortgesetzt verlängerte Dauer des Studiums in vielen Fächern und die trotz aller staatlichen Ausbaupläne dadurch verringerte Ausbildungskapazität der bestehenden Hochschulen werde mit Sorge beobachtet, heißt es in einem weiteren Beschluß der Hochschulreform. Die Kultusministerkonferenz wird gebeten, zusammen mit den wissenschaftlichen Hochschulen zu prüfen, wie die durchschnittliche Dauer des Studiums wieder auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden kann. Die Empfehlung des Wissenschaftsrats seien dabei ebenso

zu berücksichtigen wie auch eine Revision der Prüfungsordnungen vorgenommen werden müsse.

Insgesamt 17 Tagesordnungspunkte der Ministerpräsidentenkonferenz waren im weitesten Sinne kulturpolitischen Themen gewidmet. Die Skala reichte von einer angestrebten engeren Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturbeziehungen bis zur Finanzierung des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY). Diese Beratungen der Ministerpräsidenten erscheinen insgesamt als bedeutsam. Damit wurden die Ressortprobleme der Kultusminister auf eine allgemeinpolitische Ebene gehoben. Zielpunkt ist eine grundsätzliche Flurbereinigung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern, aber auch der Zusammenarbeit der Länder untereinander. Dabei sollten die auch in Zukunft zu erwartenden Schwierigkeiten und Verzögerungen nicht überbewertet werden. Unsere bundesstaatliche Grundordnung schreibt nun einmal den Ländern nicht nur die Kulturaufgaben, sondern in Art. 30 des Grundgesetzes auch „die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben“ in erster Linie zu, und garantiert ihnen in Art. 106 auch die hierzu notwendigen Haushaltsmittel. Es wird nun darauf ankommen, bald und in praktikabler Form die Konsequenzen zu ziehen, ohne die Gemeinsamkeit aller Aufgaben zu übersehen und heillose Zersplitterung der Kräfte herbeizuführen. Es geht nicht um eine unfruchtbare Rivalität von Bund und Ländern. Die rechtlich und sachlich gebotene Zuordnung der Aufgaben soll vielmehr erreicht werden, und das endlich in klar konzipierten und dauerhaften Vereinbarungen.

Kultusministerkonferenz berät Hochschulprobleme

Neue Vorschläge für das Honnefer Modell

HD — In Beratungen über die Neuordnung der Darlehensvergabe und über die Verbesserung der Bemessungsgrundlage für die Stipendien des Honnefer Modells sowie über die Verkürzung der Studienzeiten befaßte sich die 96. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 27./28. Juni in Bonn unter Vorsitz des Bremer Bildungssenators Willy Dehnkamp mit wichtigen Hochschulfragen. Nach Auffassung der Kultusminister soll die Förderung im Rahmen des Honnefer Modells in den ersten beiden Semestern ausschließlich durch Stipendien erfolgen, während anschließend zu 60 Prozent Stipendien und zu 40 Prozent Darlehen vergeben werden, bis die gesamte Darlehenssumme 2 500,— DM erreicht hat. Von diesem Darlehen sind nach erfolgreich bestandem Examen 1 000,— DM zu erlassen, so daß die Darlehensbelastung keinesfalls 1 500,— DM übersteigt. Die Stipendienhöhe soll einheitlich für die Anfangsförderung, während der in den vorlesungsfreien Monaten keine Förderung gewährt wird, und für die Hauptförderung 250,— DM monatlich betragen. Die Freibeträge für die Bemessungsgrundlage werden nach diesen Vorschlägen für jedes Elternpaar auf 700,— DM und für jedes unversorgte Kind auf 220,— DM monatlich angehoben, so daß z. B. das Kind einer vierköpfigen Familie noch bei einem elterlichen Einkommen von 920,— DM mit einem vollen Stipendium rechnen kann.

Der Darlehensvergabe zu einem früheren Zeitpunkt als bisher haben die Kultusminister damit prinzipiell zugestimmt, um so eine angemessene Beteiligung und Übernahme der Verantwortung der geförderten Studenten für ihre Ausbildung zu erreichen, wie Senator Dehnkamp vor der Presse in Bonn ausführte. Die Einführung von Darlehen vom Studienbeginn an fand jedoch nicht die Billigung der Kultusministerkonferenz, da dieses von der Aufnahme des Studiums abschrecken könnte. Es komme nach wie vor auf die Würdigkeit und Bedürftigkeit der Geförderten an und das Honnefer Modell sei nicht als reine Begabtenförderung anzusehen, betonte Senator Dehnkamp. Man sei sich einig, daß die Stipendien auch mehr Kindern aus Arbeiterkreisen ein Studium ermöglichen sollten, daher könne man das Schuldenmachen nicht an den Anfang der Förderung stellen. Über die Verwirklichung dieser Vorschläge, die einen Kompromiß zwischen den Vorstellungen aller Beteiligten darstellen, muß jetzt mit dem Bund als dem zweiten Geldgeber verhandelt werden. Auch der Erlaß neuer Richtlinien zur Durchführung ist zu erwarten. Dennoch besteht die berechtigte Hoffnung, daß die neuen Regelungen noch zum Wintersemester 1963/64 in Kraft treten, erklärte Senator Dehnkamp. Rund 25 Mill. DM an Mehraufwendungen pro Jahr werden für die Verbesserung der Bemessungsgrundlage notwendig sein, so daß die Gesamtausgaben von Bund und

Ländern für das Honnefer Modell in diesem Jahr voraussichtlich 100 Mill. DM übersteigen und 115 Mill. DM im nächsten Jahr erreichen werden.

Mit den Möglichkeiten zur Verkürzung der ohne ersichtlichen Grund stets länger werdenden Studienzeiten in vielen Fächern befaßte sich die Kultusministerkonferenz in weiteren Beratungen. Die von der Kultusministerkonferenz und der Westdeutschen Rektorenkonferenz gemeinsam gebildete Kommission für Prüfungsfragen wurde ersucht, Einzelvorschläge zu diesem Problemkreis auszuarbeiten. Während die Kommission und ihre 15 Fachkommissionen ursprünglich nur mit der Koordinierung der Prüfungsordnungen zur Wahrung der Freizügigkeit zwischen den Hochschulen betraut war, soll sie nun untersuchen, wie durch eine Revision der Prüfungsordnungen eine Verkürzung der Studienzeiten erreicht werden kann. Auch sonstige Maßnahmen sollen in diesem Zusammenhang erwogen werden.

Weiterhin befaßte sich die Kultusministerkonferenz mit der Verlängerung des Königsteiner Staatsabkommens, mit einem Bericht über den Lehrermangel an Volksschulen und mit der Behebung dieser Notstände, mit der Festsetzung der Sommerferienordnung der Schulen in diesem Jahr, mit einer Rahmenvereinbarung für Büchereischulen und mit der Veranstaltung eines UNESCO-Seminars zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit der Museen 1963 in Essen.

In dem Bericht über die Deckung des Lehrbedarfs für die Volksschulen werden zahlreiche kurzfristige und langfristige Maßnahmen vorgeschlagen, wobei die Kultusministerkonferenz vom Grundsatz ausgeht, daß die Hochschulausbildung der Lehrer unangetastet bleiben muß. Eine Erhöhung der Abiturientenzahlen, die Weiterentwicklung der lehrerbildenden Hochschulen, die in ihrer Anziehungskraft nicht hinter anderen akademischen Ausbildungsstätten zurückbleiben dürfen, die Wiedereinstellung ausgeschiedener Lehrerinnen und eine eigenständige Besoldungsordnung für Lehrer sind die wichtigsten Zielpunkte der empfohlenen langfristigen Maßnahmen.

Im Blick auf die andauernden Diskussionen über das Verhältnis zwischen Bund und Ländern und nicht zuletzt hinsichtlich der Finanzierungsprobleme der Hochschulneugründungen betonte Senator Dehnkamp, daß nach Auffassung der Länder die Beteiligung des Bundes an der Förderung von Wissenschaft und Forschung in keinem Augenblick in Frage gestellt wurde. „Es ist der Gedanke nicht einmal aufgetaucht, daß es von nun an keine Gemeinsamkeit zwischen Bund und Ländern geben solle.“ Die Verlängerung des Abkommens über den Wissenschaftsrat sei z. B. ohne jede Schwierigkeit beschlossen worden.

13. Hochschulverbandstag in Berlin

HD — Der 13. Hochschulverbandstag, zu dem — alljährlicher Übung entsprechend — die Rektoren oder Prorektoren der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen und die Hochschulverbandsvertreter zusammenkamen, fand am 15. Juni 1963 in der Kongreßhalle zu Berlin statt.

Nach § 1 seiner Satzung hat der Hochschulverband die Aufgabe, sich aller Fragen anzunehmen, die den Wirkungskreis der Hochschullehrer in Forschung und Lehre und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft berühren, und die Standes- und wirtschaftlichen Interessen der Hochschullehrer bei Behörden und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Wenn Prof. Felgentraeger, der über 12 Jahre rührige und verdienstvolle Präsident, in seiner Begrüßung als Aufgabe des Hochschulverbandes hervorhob, „den Hochschulverwaltungen sachverständigen Rat“ zu geben, so muß diese Auffassung vielleicht mehr am Ende eines „arbeitsreichen und unruhigen Jahres“ im Wirken des Hochschulverbandsvorstandes gesprochen als in bezug auf das volle Ausschöpfen der Satzung verstanden sein.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Präsident im Rahmen seines Berichtes eine Übersicht über die Arbeitsgebiete des Hochschulverbandes vorlegte, die des Abdruckes in den (blauen) „Mitteilungen des Hochschulverbandes“ wert ist, um vielen Kollegen bekannt zu werden, die von den praktischen Hilfsmöglichkeiten, dem Erfahrungsreichtum und der Sachkenntnis der Organe ihrer Landesvertretung wenig Ahnung haben. Überschriften über Sachgebiete seien erwähnt: Besoldungs- und Kolleggeldwesen, Beamtenrecht, Hochschullehrerrecht, Nebentätigkeitsrecht, Assistentenrecht, Personelle Hochschulreform, Berufswesen, Standesfragen, Statistische Erhebungen, Internationale Vertretung, Steuerrecht, Urheber- und Verlagsrecht, Musterprozesse, Lastenausgleich, Wiedergutmachungsrecht, Unterbringung amtsverdrängter oder geflüchteter Hochschullehrer, Verwaltung von Unterstützungskassen, Veröffentlichungen u. a.; insgesamt und besonders im einzelnen also Aufgaben, die — wenn nicht hier — von keiner anderen Organisation der ihre Angelegenheiten selbst verwaltenden Wissenschaftsgremien in gleicher Kleinarbeit wahrgenommen werden würden. Das erklärt die Existenzberechtigung des Hochschulverbandes; und das anzusprechen, gibt der 13. Hochschulverbandstag erneut zwingende Gelegenheit.

Und doch wird damit zugleich der Weg frei für eine kritische Berichterstattung über den Verlauf des Hochschulverbandstages selbst, in der Hoffnung, Verbandsdienliches und -förderliches auszusprechen.

Der Vollversammlung am 15. Juni 1963 gingen Sitzungen des Vorstandes, des Konventes der Ordinarien sowie des Konventes der Nichtordinarien voraus. Vorberatungen innerhalb eines Verbandes zur Vertretung der Standesinteressen, der selbst ständisch gegliedert wird und der im Grunde seines Aufbaues von der Mitwirkung und Anwesenheit des Rektors als Repräsentanten der Gesamt-Hochschule die Überbrückung des spannungsgeladenen Grabens zwischen den Ordinarien und den Nicht-Ordinarien (eigentlich ein für die Hochschulkorporation unwürdig negativer Begriff!) erhofft. Solange aber diese kollegialen Gruppierungen bleiben, sind die erwähnten Vorberatungen von Nutzen, umso mehr wenn es gelingt, nach getrennten Beratungen im Plenum ein Diskussions- und Beschlußgremium zu sein — ohne „Fraktionen“.

Zur Vortragsveranstaltung am Vormittag des 15. Juni konnte der Präsident staatlicherseits Staatssekretär Cartellieri (Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung) sowie Senatsdirektor Dr. Rau und Regierungsdirektorin Dr. Sengpiel (Senatsverwaltung Kunst und Wissenschaft zu Berlin), den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Prof. Raiser, sowie von den Wissenschaftsorganisationen Prof. Leussink (Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz) und Prof. Lehnartz (Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes) begrüßen.

Für den Vortrag hatte der Hochschulverband — wohl etwas kurzfristig — Herrn Prof. Wenke, Universität Hamburg, zugleich Vorsitzender des Gründungsausschusses für die Universität Bochum, gewonnen, der über das Thema sprach: „Der Akademiker und die Hochschule“.

Es kann nicht Aufgabe eines kurzen Tagungsberichtes sein, die Ausführungen Wenkes eingehend zu kommentieren. Der Verfasser wird gewiß Gelegenheit finden, seine Auffassungen zur Diskussion zu stellen, einer Diskussion, der

leider nach dem Vortrag nicht Raum gegeben werden konnte. Warum eigentlich nicht? Die anwesenden Hochschulverbandsvertreter zählen doch zu dem in den Problemen des Gemeinwesens und der reformwürdigen Hochschule engagierten Teil der Hochschullehrerschaft.

Wenke widmete vornehmlich den ersten Teil seiner Ausführungen dem Thema mit der These, daß heutzutage der Begriff „Akademische Ausbildung“ so allgemein zu fassen sei, daß von ihm aus auf kein gemeinsames Bild vom Akademiker geschlossen werden könne, daß es also im Grunde keine Akademikerschaft mehr gäbe. „Der Akademiker in Deutschland ist eine soziale Kategorie“; und man meine, schon der Student sei Akademiker. Dieser „sozial kategorische“ Aspekt war es gewiß, der Wenke zu zwei spezielleren Vortragsteilen führte: 1) zur Frage „Wie stellt sich die wissenschaftliche Hochschule zur Eingliederung neuer Ausbildungsgänge“; und 2) zur Frage „Wie kann das Problem der Studienverlängerung gelöst werden?“

Zur ersten Frage bediente sich der Vortragende eines Plenarbeschlusses der Westdeutschen Rektorenkonferenz über die Vorbedingungen zur Aufnahme neuer Studiengänge. Es muß einer Diskussion vorbehalten bleiben, ob Wenke die Auffassungen der Hochschulen recht interpretiert hat, d. h. ob das verantwortliche Abwägen der Hochschulen gegenüber dem Andrängen neuer Ausbildungsbereiche zu wissenschaftlichem Studium wirklich einer standesdünkelhaften Apologie gleichzusetzen ist. Wenkes These „Es wird nicht gelingen, akademische Ausbildungsgänge an mittlere Ausbildungsstätten zurückzuverlegen“ ist vollens zuzustimmen, wenn man der befangenen Auffassung demgegenüber verdient die Schlußfolgerung Wenkes, daß „die anerkannte Aufnahme eines neuen Ausbildungsganges nicht zum Ziel standespolitischer Dynamik werden darf, sondern zum Beginn eines kritisch betrachteten und begleiteten Wettstreites“.

Der allseitigen Sorge um eine uferlose Verlängerung der Studienzeiten soll mit einer Änderung der Mentalität aller, d. h. der Professoren und Studenten begegnet werden; daß eine solche Einstellung sachdienlich zu dem Hinweis auf die notwendige Änderung der Aufgabe und der Methodik des Examens führt, ist zwingend.

Bleibt als Sentenz des Wenk'schen Vortrages, daß es möglich und sinnvoll sei, den Begriff vom Akademiker auch heute noch mit dem geistigen Ursprung in Beziehung zu setzen; allerdings auf vielen neuen Wegen.

Die Arbeitssitzung der Vollversammlung am Nachmittag wurde mit dem Bericht des Präsidenten Felgentraeger eingeleitet; hieran schloß sich eine kurze Diskussion über den dornenvollen Weg der Besoldungs- und Kolleggeldreform, über das Arbeitsgebiet also, das zu Recht und auch zu Unrecht gleichsam zur Existenzfrage für den Hochschulverband geworden ist. Herr Felgentraeger verdeutlichte es vor der Presse: ein durchgreifender Erfolg dieser Reform ist ein Dreisprung vorwärts auf dem Wege der Hochschulreform und würde sogleich zur Konsolidierung des Hochschulverbandes führen.

Diesem Thema übrigens war die einzige wörtliche Entschließung des 13. Hochschulverbandstages gewidmet, die mit folgendem Wortlaut einstimmig angenommen wurde: „Der 13. Hochschulverbandstag bittet die Konferenzen der Kultusminister und der Finanzminister, nachdem ihre gemeinsame Kommission am 5. April 1963 getagt hat, eine Kolleggeld- und Besoldungsreform möglichst bald zu verabschieden.“

Der Hochschulverbandstag bittet nochmals, hierbei die bekannten Vorschläge des Hochschulverbandes zu berücksichtigen.

Insbesondere sollten die Vorweganhebung der älteren Kolleggeldgarantien und die Erhöhung der Untergrenze der Kolleggeldgarantie auf mindestens DM 3 000,— nunmehr unverzüglich im Verwaltungswege durchgeführt werden, soweit dies der gesetzliche Rahmen zur Zeit zuläßt.“

Die in der Tagesordnung folgenden Interna bleiben dem Berichterstatter verborgen; eine Kette von Wahlen für die Verbandsgremien umschließt Tagungsstunden. Professor Felgentraeger wird für das nächste Jahr zum Präsidenten wiedergewählt. Es schmälert die Anerkennung der Verdienste dieses sturmerprobten Hochschulverbands-Kapitäns nicht, wenn sich dem Beobachter — und gewiß auch dem Präsidenten selbst — die sorgende Frage aufdrängt, ob

Auch die Verbände des Handels fordern erhöhte Wissenschaftsförderung

Die Spenden der Unternehmen an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft entsprechen in ihrer Höhe bei weitem nicht den von den Spitzenverbänden des Handels, des Gewerbes und der Industrie gemeinsam empfohlenen Richtsätzen. Ein Prozent der Dividende, des Gewinns oder der Gewinnausschüttung — je nach der Rechtsform des Unternehmens — hatten die Spitzenverbände gefordert. Im Jahre 1961 standen einem errechneten Spendenaufkommen der Industrie von 55 bis 60 Millionen Mark aber nur Spenden in Höhe von rund 19 Millionen Mark gegenüber.

Die Industrie- und Handelskammern haben ihren Mitgliedern daher jetzt eindringlich empfohlen, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft einen Beitrag von jeweils einem Prozent des Gewinns oder 0,2 Promille der Summe von Umsatz und Lohn nicht zweckgebunden zur Verfügung zu stellen. Dieser Beitrag sei unbedingt erforderlich. Der Stifterverband, so betonen die Kammern, müsse die Förderung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sowie der Grundlagenforschung und der Nachwuchsbildung noch wesentlich verstärken, „wenn der angewandten Forschung und Technik nicht eines Tages die Basis entzogen sein soll.“ Wissenschaft und Wirtschaft müßten sich in verständnisvoller und enger Zusammenarbeit darum bemühen, Deutschlands Stellung in der Welt auch in Zukunft gegen den sich auf allen Gebieten verschärfenden internationalen Wettbewerb zu sichern.

Seit 1949 sind der deutschen Wissenschaft vom Stifterverband rund 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

Professor Lehnartz 65 Jahre

Als Hochschullehrer und als Mitarbeiter in führender Stellung bei deutschen und internationalen Organisationen der Wissenschaftsförderung und des akademischen Austausches hat sich Prof. Dr. Emil Lehnartz, der am 29. Juni 65 Jahre alt wurde, große Verdienste erworben. In der schweren Zeit von 1946 bis 1949 hat er als Rektor den Wiederaufbau der Universität Münster eingeleitet, an der er Lehrstuhlinhaber für Physiologische Chemie ist. Seit 1959 leitet er als Präsident den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), dessen Nachkriegsaufbau er vollendet hat.

Als man zu Beginn der fünfziger Jahre in Deutschland daran ging, die Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft wieder aufzubauen und die wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland wiederanzuknüpfen, nahm Prof. Lehnartz aktiven Anteil an dieser wichtigen und anfangs delikaten Arbeit. Prof. Lehnartz brachte alle Voraussetzungen für diese Tätigkeit mit, denn durch seine Rektoratsjahre waren ihm auch allgemeine Wissenschaftsfragen vertraut. Als Vorsitzender der Internationalen Kommission der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat er entscheidend an der Wiederherstellung der wissenschaftlichen und akademischen Verbindungen Deutschlands zum Ausland mitgearbeitet. Darüber hinaus ist er im Europäischen Universitätsausschuß der Westeuropäischen Union und im Ausschuß der Kultursachverständigen des Europarates tätig. Als Mitglied des Verwaltungsrates der Association Internationale des Universités (AIU) seit 1963 wird Professor Lehnartz auf deutscher Seite maßgeblich an den Vorbereitungen für die nächste AIU-Konferenz in Tokio mitwirken.

Zwei Jahre war Professor Lehnartz Präsident des deutschen Komitees des World University Service. Seit

(Fortsetzung von Seite 10)

Selbstverwaltungsgremien nicht doch die Kollegialität strapazieren, wenn sie die Kontinuität nicht — oder nur zu Lasten weniger — zu meistern verstehen.

Es bleibt zum Schluß eine Frage an den Hochschulverbandstag und an das Protokoll darüber: war nicht vielerorts die Notwendigkeit und die Bereitschaft erkannt und gebilligt, die Satzung dahingehend zu ändern, daß die Verbindung vom Vorstand über eine neue Vertretung auf Landesebene zu den Hochschulgruppen verbessert werden sollte?

Weil der Berichterstatter über den 13. Hochschulverbandstag von der Existenzberechtigung und der Existenznotwendigkeit des Hochschulverbandes überzeugt ist, hat er die Berliner Tagung mit etwas Sorge verlassen. Ein „Es-ist-ja-wie-gut-gegangen“ könnte eigentlich nur einen Manager beruhigen. Wolfgang Kalischer

Wiederbegründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, dem Vorläufer der Deutschen Forschungsgemeinschaft, war er mehrere Jahre Vorsitzender des Hauptausschusses und bis 1957 Mitglied des Senats und des Hauptausschusses. Als Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) seit 1959 hat es Prof. Lehnartz erreicht, daß die bisher generell einjährigen Stipendien bei wissenschaftlicher Eignung und Bewährung der ausländischen Stipendiaten auch bis zum Abschluß des Studiums in Deutschland verlängert werden können. Auch für die Wiedereinrichtung von DAAD-Zweigstellen im Ausland hat sich Prof. Lehnartz mit Erfolg eingesetzt.

VDS stellt Mitarbeit im Deutschen Studentenwerk ein

HD — „Der Verband Deutscher Studentenschaften hat beschlossen, seine Mitarbeit im Deutschen Studentenwerk vorerst einzustellen. Gleichzeitig hat er seine Vertreter aus den Organen des DSW zurückgezogen. Damit sind zum erstenmal seit der Gründung eines zentralen Deutschen Studentenwerkes vor 42 Jahren keine Studenten mehr in dieser Institution vertreten.“ Dieses teilte der Verband Deutscher Studentenschaften in einer Presseerklärung vom 24. Juni mit. Der DSW-Vorstand und die Geschäftsführung hätten immer wieder in die Mitgliedsrechte im DSW und vor allem in die Rechte der Studentenschaften eingegriffen, heißt es weiter. Das vom Vorstand und Geschäftsführung des DSW behauptete eigenständige Recht auf Selbstverwaltung müsse durch die Willensbildung in den Studentenschaften und durch das Prinzip der Gewaltenteilung und gegenseitiger Gewaltenkontrolle demokratisch legitimiert sein, da die Studentenschaften die Studentenwerke als Selbsthilfeeinrichtungen durch eigene Beiträge tragen. Obgleich dem DSW eine eigenmächtige Sozialpolitik demnach versagt sei, habe es Änderungsvorschläge zum Honnefer Modell vorgetragen, die bislang weder von den Mitgliedern noch vom VDS gebilligt worden seien. Die in einer Presseerklärung der DSW-Geschäftsführung behauptete Meinung des VDS-Vorstandes, dieser sei gegen eine Verbesserung der Studentenförderung, und eine Klageandrohung des DSW-Vorstandes wegen eines scharf kritisierenden Beschlusses der VDS-Mitgliederversammlung hätten schließlich zu der jetzigen Entscheidung geführt, die dem VDS nicht leicht gefallen sei.

Der Vorstand des Deutschen Studentenwerkes bedauerte auf seiner Sitzung am 26. Juni in Lübeck in einer der Öffentlichkeit übergebenen Erklärung, „daß die Vertretung der Studenten der Deutschen Hochschulen aus den Gremien ausgeschieden ist, in denen seit langen Jahren von Hochschullehrern, Studenten, Praktikern der Studentenförderung, Vertretern von Bund und Ländern und interessierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gemeinsam die Ziele der Studentenförderung und die Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung erarbeitet worden sind.“ Die Organe des DSW werden diese Arbeit zum Wohle der Studenten fortsetzen, wobei man auf die baldige Wiederaufnahme der Mitarbeit des VDS hofft und die Möglichkeiten hierzu offenhalten wird, auch wenn vielleicht das DSW vorerst seine Organe ohne Studenten zu ergänzen genötigt sein wird, wie es in der Erklärung heißt. Zu den Vorwürfen des VDS wird bemerkt, daß dieser das DSW als Instrument der Studentenschaft mißverstehe und daß es vielmehr ein „Runder Tisch“ aller an der Förderung der Studenten interessierter Institutionen und Kreise sei. Die Rechte und Pflichten des DSW würden sich aus der Satzung und dem Willen seiner Mitglieder ergeben, d. h. der Studentenwerke, nicht aber aus den Interessen des VDS, daß die Arbeit des DSW dabei hochschulpolitisches Gewicht gewinne, sei beabsichtigt und natürlich. Die neuen Vorschläge zur Studentenförderung seien mit den Stimmen der Studentenschaft im Kuratorium erarbeitet worden, wobei der VDS erst anschließend seine Meinung geäußert habe, das DSW aber bei seinen Vorschlägen geblieben sei. Die Klageandrohung des DSW beziehe sich nicht auf jederzeit diskutierbare sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern auf Form und Ausdrucksweise des VDS-Beschlusses auf der Mitgliederversammlung, wird abschließend festgestellt.

Bei diesem Stand der Dinge und der nun in der Öffentlichkeit hervorgerufenen Diskussion bleibt dennoch zu hoffen, daß nicht zuletzt im Interesse der dringenden Aufgaben der Studentenförderung eine Einigung in nächster Zeit herbeigeführt wird. Wie zu hören war, sind jedenfalls beide Seiten zu einer Klärung der Situation bereit.

Bundespräsident Lübke ermahnte die internationale **Mine-ralölwirtschaft** bei einem Empfang aus Anlaß des in Frankfurt veranstalteten Welt-Erdölkongresses, sich auf ihre kommerzielle und finanzielle Machtstellung zugunsten einer kräftigen Unterstützung der Forschung und der Entwicklungshilfe zu besinnen.

Das Rechenzentrum für alle Hochschulen und hochschul-freien Forschungsstellen in Darmstadt ist nunmehr fertig-gestellt und eröffnet worden. Es wurde mit 6 Millionen DM erbaut und mit Maschinen für weitere 7 Millionen DM ausgestattet. Das Kernstück ist die neueste IBM-Rechen-anlage vom Typ 7090. Sie vermag in knapp 10 Minuten eine komplette Logarithmentafel zu errechnen und zu schreiben. An Personal stehen 20 Wissenschaftler und Techniker sowie 30 Hilfskräfte zur Verfügung. Der Bund hat die Kosten der Bauten und die Deutsche Forschungs-gemeinschaft die apparativen Ausstattungskosten getragen. Die Kosten für die laufende Unterhaltung trägt das Land Hessen. Gegenwärtig ist das Rechenzentrum bereits für Untersuchungen zur Krebsforschung eingesetzt.

An der Düsseldorfer Medizinischen Akademie ist das In-stitut für Geschichte der Medizin als wichtiger Schritt auf dem Wege zur Vollakademie eröffnet worden. Die Instituts-bibliothek besitzt bereits 10.000 Bände aus den verschie-densten Ländern und Jahrhunderten. Ihr Grundstock ist die alte Sammlung des Arztes Dr. Helmut Vester.

Lehrstühle für Ölhydraulik und Pneumatik an den Tech-nischen Hochschulen der Bundesrepublik fordert die öl-hydraulische Industrie. Diese Lehrstühle seien die Vor-aussetzung dafür, daß die deutschen Ingenieurschulen qualifizierte Lehrkräfte für den Technikernachwuchs er-halten. Ohne dessen Sicherung könne dieser Industriezweig im internationalen Wettbewerb nicht bestehen, wenn er den Fahrzeugbau und die Werkzeugmaschinen, die Förder-technik sowie den Flugzeug- und Schiffbau mit ihrem breiten Fächer von Konstruktionselementen bedienen soll. Bei einer Jahresproduktion der Branche von 300 Millio-nen DM entfallen 250 Millionen auf Ölhydraulik.

Über Nachwuchsmangel in der Astronomie, der sich in der Bundesrepublik zu wenig Studierende zuwenden, äußerte sich der Astrophysiker und Leiter des Freiburger Fraun-hofer-Instituts, Professor Dr. Kiepenheuer. Er kündigte anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens des Institutes an, daß es sich künftig noch mehr als bisher um die Aus-bildung des astronomischen Nachwuchses bemühen werde.

Im Atomzentrum Jülich gelangen die beiden Reaktoren „Dido“ und „Merlin“ in den nächsten Wochen in die letzte Anfahrphase. Damit können im Herbst die für sämtliche Strahlrohre vorbereiteten Experimente beginnen. Gegen-wärtig wird erwogen, ob in Jülich noch neben diesen bei-den in England konstruierten Atomreaktoren noch ein dritter aus deutscher Entwicklung aufgestellt werden soll, der vorwiegend medizinischen Zwecken, wie der Bestrah-lung von Organen, dienen soll. — Von den 20 geplanten Instituten sind die für Plasma-Physik, Reaktorwerkstoffe, Reaktorbauelemente, Botanik- und Strahlenschutz bereits in Betrieb. Gegenwärtig werden sieben weitere große Bau-vorhaben verwirklicht, darunter der 80 m hohe „Strahlen-turm“, der zur Erforschung der Radioaktivität in der Luft bestimmt ist.

Eine „Hydrologische Dekade“ will die UNESCO wegen des steigenden Wasserbedarfs und der drohenden Wasser-verknappung von Anfang 1965 bis Ende 1974 veranstalten. Die Wasserverhältnisse in aller Welt sollen in dieser Zeit systematisch erforscht werden. Die Untersuchungen sollen sich auf den Wasserkreislauf von Seen, Flüssen, Gletschern und Poleiskappen sowie auf das unterirdische Wasser, den chemischen Zustand, die Wasserverunreinigung, die Sedi-mentbildung und auf die Möglichkeiten hydrologischer Planung erstrecken. Die Organisation des hydrologischen Jahrzehnts, die bei der UNESCO liegt, wird von der Meteorologischen Weltorganisation und anderen inter-nationalen Einrichtungen unterstützt.

Bei der nächsten „Sprachenkonferenz“ der deutschsprachi-gen Länder, die im Herbst 1963 in Wien stattfinden soll, wird die Reform der Rechtschreibung im Sinne einer ge-mäßigten Kleinschreibung das Hauptthema sein. Falls die Wiener Konferenz zu verbindlichen Empfehlungen kommt, sollen nach Mitteilung des Präsidenten der Ständigen Kultusministerkonferenz, Senator Dehnkamp, Bremen, den Regierungen aller deutschsprachigen Länder einschließlich

der Sowjetzone feste Vorschläge für eine Rechtschreib-reform vorgelegt werden. Der deutsche Arbeitskreis habe sich bisher für eine gemäßigte Kleinschreibung entschie-den, wonach nur noch Satzanfänge, Eigennamen, Anreden und das Wort Gott großgeschrieben werden. Alle anderen Hauptwörter sollen mit kleinen Buchstaben beginnen, wie Senator Dehnkamp meint.

Das Institut für den wissenschaftlichen Film in Göttingen weist soeben darauf hin, daß die Situation im Hochschul-unterricht, die durch den Mangel an Lehrkräften auf der einen Seite und durch die immer größer werdende Zahl der Studierenden auf der anderen Seite gekennzeichnet werde, es notwendig gemacht habe, Versuche zu unternehmen, mit Hilfe des Films zu einer trotz der erschwerten Verhältnisse möglichst guten Ausbildung der Studenten beizutragen. Es werden aus diesem Anlaß zur Zeit Filme hergestellt, die die Knappheit an Material für den Präparierkurs berück-sichtigen. Diese Filme behandeln den Stoff ähnlich, wie es in einem Anatomieatlas geschieht. Sie zeigen im systema-tischen Aufbau zum Beispiel die Oberfläche und Schnitt-bilder des Gehirns sowie Faserpräparate aus verschiedenen Blickrichtungen, um hierdurch einen plastischen Eindruck zu vermitteln. Hinsichtlich des Bildmaterials gehen diese Filme erheblich über das hinaus, was selbst in großen anatomischen Atlanten geboten wird.

Ein Durchgangwohnheim für aus dem Ostblock geflüchtete Studenten aus Entwicklungsländern in Wickrath bei Mön-chen-Gladbach errichtete kürzlich das Sozialamt des Bun-desstudentenringes mit Hilfe des Landes Nordrhein-West-falen, nachdem die Fluchtbewegung weiter anhält und insgesamt über 400 Studenten aus Entwicklungsländern seit 1961 aus überwiegend politischen Gründen die Hochschulen des Ostblocks verließen und ins Bundesgebiet zuwanderten. In dem Heim, das in einem ehemaligen Durchgangwohn-heim für Ostzonenflüchtlinge eingerichtet wurde und in dessen Nachbarschaft 170 deutsche Studenten der umlie-genden Hochschulen in weiteren Heimen untergebracht sind, kann bis zu 80 Flüchtlingsstudenten aufnehmen. Zur Zeit ist es unter Leitung des Pädagogen W. Freiberg mit 50 Studenten belegt, die aus 13 afrikanischen und zwei arabischen Staaten stammen und aus sieben Staaten des Ostblocks, vor allem aus Mitteldeutschland, flüchteten.

Termine

Der 19. Internationale Kongreß für theoretische und an-gewandte Chemie findet vom 10. bis zum 17. Juli in London statt. Es werden Wissenschaftler aus allen europäischen Ländern erwartet.

Die Internationale Gesellschaft für Chemotherapie wird zu ihrem 3. Kongreß vom 22. bis 27. Juli in Stuttgart zu-sammenkommen. An dieser Tagung nehmen Wissenschaft-ler aus 46 Ländern teil.

Herausgeber und Redakteure von Studentenzeitschriften treffen sich zur diesjährigen Internationalen Studenten-Pressekonferenz vom 24. bis 31. Juli in Hamburg. Die Aus-richtung und Durchführung der Tagung ist vom Co-ordi-nating Secretariate der Internationalen Studenten-Konfe-renz (ISC) dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) übertragen worden. Die letzte Internationale Studen-ten-Konferenz fand 1961 in Rom statt.

Der XI. Internationale Kältekongreß findet vom 27. 8. bis 4. 9. in München statt. Auskunft erteilt Refricongreß, Mün-chen 25.

Die für Fragen der Wissenschaft zuständigen Minister aus den OECD-Mitgliedstaaten treffen sich am 3. und 4. Okto-ber zu einer Tagung in Paris. Die Minister werden sich mit Fragen der Wissenschaftspolitik in nationaler und inter-nationaler Sicht befassen und dabei auch die engen Bezie-hungen zwischen Naturwissenschaft, Technik und Wirt-schaftsentwicklung erörtern.

Die 8. Internationale Holzschutztagung findet am 9. und 10. Oktober in Freiburg/Breisgau statt. Sie wird von der Deutschen Gesellschaft für Holzforschung e.V. Sitz Stutt-gart durchgeführt, von der das Programm angefordert werden kann.

Die nächstjährige Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft findet vom 9. bis 12. Juni 1964 in Hamburg statt. Als Hauptveranstaltung ist die Festversammlung für den 11. Juni 1964 vorgesehen.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Hamburg: Für das Amtsjahr 1963/64 wurde Prof. Dr. rer. nat. Emanuel S p e r n e r (Mathematik), Direktor des Mathematischen Seminars, zum Rektor gewählt.

Hannover: Prof. Dr.-Ing. Albert Vierling (Fördertechnik) wurde zum Rektor der Technischen Hochschule für die Amtszeit vom 1. Juli 1963 bis 30. Juni 1964 bestätigt.

Mannheim: Für das Studienjahr 1. 10. 63 — 30. 9. 64 wurde Prof. Dr. phil. Walter M ö n c h, Ordinarius für Romanistik, insbesondere romanische Wirtschaftssprachen, zum Rektor der Wirtschaftshochschule gewählt.

Münster: Prof. Dr. phil. Heinz Bittel (Angewandte Physik) wurde für das Amtsjahr 1963/64 zum Rektor der Universität gewählt.

Saarbrücken: Prof. Dr. jur. Gerhard K i e l w e i n, Ordinarius für Deutsches und vergleichendes Strafrecht, Prozeßrecht und Kriminologie, wurde zum Rektor der Universität für das Amtsjahr 1963/64 (beginnend 1. Okt. 1963) wiedergewählt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin (FU): Zum Ordinarius für mittellateinische Philologie wurde Dozent Dr. Alf Ö n n e r f o r s / Universität Uppsala berufen.

Bonn: Prof. Dr. phil. Wilhelm Ludolf S c h m i t z, Direktor des Instituts für Biophysik, wurde zum Ordinarius für Biophysik ernannt.

Braunschweig: Dr.-Ing. E m s c h e r m a n n / Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin ist zum ordentlichen Professor ernannt und auf den ordentlichen Lehrstuhl für Grundlagen der Elektrotechnik und elektrische Meßtechnik an der Technischen Hochschule berufen worden.

Frankfurt: Prof. Dr. jur. Rudolf Wiethölter / Köln (Bürgerliches Recht, Handelsrecht, internationales Privatrecht) ist auf den ordentlichen Lehrstuhl für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht der Universität berufen worden.

Karlsruhe: Privatdozent Dr. Dietrich Bierlein wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den freien Lehrstuhl für Mathematische Statistik in der Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaft berufen. — Der bisherige Wissenschaftliche Rat Privatdozent Dr. rer. nat. Wolfgang W a l t e r (Mathematik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den neuen Lehrstuhl für Mathematik berufen.

Münster: Prof. Dr. rer. pol. Ludwig M ü l h a u p t (Betriebswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaft an der Universität Bonn erhalten. — Prof. Dr. rer. pol. Johannes Chr. P a p a l e k a s (Soziologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Soziologie der Universität Bochum. — Prof. Dr. phil. Walter F r a n k e (Chemie synthetischer organischer Hochpolymere) erhielt einen Ruf auf das neue Extraordinariat für Chemie an der Technischen Hochschule Darmstadt. — Prof. Dr. rer. nat. Hans R e z n i k / Heidelberg (Botanik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt; gleichzeitig wurde er zum Direktor des Botanischen Instituts und Gartens bestellt.

Würzburg: Prof. Dr. theol. Rudolf S c h n a c k e n b u r g (Neutestamentliche Exegese) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl der Neutestamentlichen Exegese an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster erhalten. — Der bisherige apl. Prof. Dr. med. dent. Rudolf N a u j o k s / Hamburg (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde zum ordentlichen Professor der Zahnheilkunde und zum Direktor der Universitätsklinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten ernannt. — Prof. Dr. phil. Wolfgang I s e r (Englische Philologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl der Englischen Philologie an der Universität Köln erhalten. — Prof. Dr. phil. Kurt R u h (Deutsche Philologie) hat einen

Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Germanistik der Universität Kiel erhalten. — Prof. Dr. rer. nat. Helmut S t e i n w e d e l / Frankfurt (Theoretische Physik) wurde zum ordentlichen Professor für Theoretische Physik an der Universität Würzburg ernannt.

b) außerordentliche Professoren

München (TH): Privatdozent Dr. Erwin R e i c h / Landwirtschaftliche Hochschule Stuttgart-Hohenheim, wurde zum außerordentlichen Professor für Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre ernannt.

Münster: Zu außerordentlichen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. phil. Gerwalt Z i n n e r / Marburg (Pharmazeutische Chemie) für Pharmazeutische Technologie und Privatdozent Dr. rer. nat. Fritz U m l a n d / Technische Hochschule Hannover (Anorganische und analytische Chemie) für Anorganisch-analytische Chemie.

Saarbrücken: Prof. Georges G o r i e l y, Docteur en Droit et Docteur en Philosophie, Extraordinarius für Soziologie, hat den Ruf an die Freie Universität Brüssel angenommen.

Würzburg: Prof. Dr. med. Theodor Heinrich S c h i e b l e r / Kiel (Anatomie) wurde zum außerordentlichen Professor der Anatomie ernannt.

c) Honorarprofessoren

Münster: Dr. rer. pol. Fritz Wilhelm H a r d a c h (Betriebswirtschaftliche Organisationslehre) wurde zum Honorarprofessor ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Heinrich H e l l m a n n / Tübingen (Organische Chemie) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Würzburg: Dr. phil. Christian P e s c h e k, Konservator beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, wurde zum Honorarprofessor der Vor- und Frühgeschichte mit besonderer Berücksichtigung Frankens ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Münster: Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: Dozent Dr. med. Heinz C a s p e r s (Physiologie), Dozent Dr. med. Werner K l o s t e r k ö t t e r (Hygiene und Arbeitsmedizin), Prof. Dr. phil. Ludwig B u d d e (Archäologie), Professorin Dr. phil. Gerda F r e i n v o n B r e d o w (Philosophie) und Prof. Dr. rer. nat. habil. Paul S i e g f r i e d (Paläontologie).

e) außerplanmäßige Professoren

Heidelberg: Prof. Dr. med. Helmut H a s e l m a n n (Anatomie) hat einen Ruf auf das Extraordinariat für Wissenschaftliche Mikroskopie der Universität Tübingen erhalten.

Tübingen: Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Kuno B a r t h (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebliche Steuerlehre) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Steuerrecht und Öffentliches Recht an der Wirtschaftshochschule Mannheim erhalten.

Würzburg: Die Bezeichnung außerplanmäßiger Professor wurde verliehen an: Privatdozent Dr. med. Rudolf S c h a u t z (Chirurgie) und Privatdozent Dr. med. Fritz B r o s e r (Psychiatrie und Neurologie). — Prof. Dr. rer. nat. Erich L a m p r e c h t (Mathematik) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mathematik an der Universität des Saarlandes erhalten.

f) Dozenten und Privatdozenten

Freiburg: Dozent Dr. phil. Karl Josef G r o f f m a n n (Psychologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Psychologie an der Kant-Hochschule (PH) Braunschweig erhalten.

Marburg: Dozent Dr. rer. nat. Hans Joachim B e c k e r (Zoologie und Genetik) hat einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Zoologie an der Universität München erhalten.

Münster: Privatdozent Dr. phil. Edwin v o n B ö v e n t e r (Wirtschaftliche Staatswissenschaften) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Ökonometrie an der Universität Heidelberg erhalten.

Saarbrücken: Privatdozent Dr. phil. Heinrich Abel (Berufspädagogik) hat einen Ruf auf den neu geschaffenen ordentlichen Lehrstuhl für Berufs-, Wirtschafts- und Arbeitspädagogik der Technischen Hochschule Darmstadt erhalten.

Würzburg: Zu Privatdozenten wurden ernannt: Dr. med. Ulrich Peiper (Physiologie), Dr. med. Werner Kahle (Neurologie), Dr. med. Willibald Schmitt (Innere Medizin), Dr. med. Harm Spuler (Neurochirurgie), Dr. med. Hans Schäfer (Innere Medizin), Dr. med. Kai Rehder (Anästhesiologie), Dr. phil. Hatto Schmitt (Alte Geschichte), Dr. rer. nat. Emil Eberhard (Mineralogie) und Dr. rer. nat. Ernst Reinhard (Botanik und Pharmakognosie).

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER VENIA LEGENDI

Berlin (FU): Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. med. Meta Alexander für das Fach Innere Medizin und Dr. Heinz Quirin für das Fach Mittelalterliche Geschichte und Historische Landeskunde.

Darmstadt: Dr. rer. nat. Frieder Lichtenhaler wurde die Lehrberechtigung für das Fachgebiet Organische Chemie erteilt.

Marburg: Dipl.-Volkswirt Dr. rer. pol. Gernot Gutmann hat sich an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät habilitiert; es wurde die venia legendi für das Fach Volkswirtschaftslehre erteilt.

München (TH): Die Lehrbefugnis wurde erteilt an: Dr. Wolfgang Beck für das Fach Anorganische Chemie, Dr. Hans-Ludwig Jeßberger für das Fach Grundbau und Bodenverfestigung, Dr. Hugo Steinhäuser für das Fach Wirtschaftslehre des Landbaues.

Saarbrücken: Herrn Dr. rer. nat. Dipl.-Psych. Fritz Süllwold wurde die venia legendi für das Fach Psychologie, insbesondere empirische Psychologie erteilt; gleichzeitig wurde er zum Privatdozenten ernannt.

LEHRAUFTRÄGE

Aachen: Dipl.-Ing. Richard Schimpf wurde ein Lehrauftrag für Ausgewählte Kapitel aus dem Wehrwesen für die Dauer von zwei Jahren erteilt. — Dr.-Ing. Fritz Anke wurde der Lehrauftrag für Bildsame Formgebung von Edelstählen ab SS 1963 für die Dauer eines Jahres um das Lehrgebiet Walzenkalibrieren I und II erweitert. — Dr.-Ing. Heinrich Siepmann wurde für die Dauer des SS 1963 und des WS 1963/64 ein Lehrauftrag für Stahlformguß erteilt.

Clausthal: Dr. Helmut Trawinski wurde ein Lehrauftrag über das Fachgebiet Mechanische Trennverfahren (Fest-Flüssig und Fest-Gasförmig) für das WS 1963/64 und SS 1964 erteilt. — Dipl.-Ing. Werner Köhler erhielt einen Lehrauftrag über das Fachgebiet Planung und Bau von Eisenhüttenanlagen vom SS 1963 ab bis auf weiteres.

Münster: Frl. Shoko Kishitani wurde der Lehrauftrag für Japanische Konversationsübungen für die Dauer des SS 1963 verlängert.

VERTRETUNGEN

Darmstadt: Prof. Bruno Müller-Linow (Freies Zeichnen und Angewandte Plastik) wurde mit der kommissarischen Verwaltung des Lehrstuhls für Technischen Ausbau und Baustoffkunde beauftragt. — Prof. Theodor Pabst (Baukunst) wurde die kommissarische Verwaltung des Lehrstuhls für Statistik und Hochbaukonstruktionen übertragen.

BEURLAUBUNGEN

Münster: Dozent Dr. Edwin von Böventer (Wirtschaftliche Staatswissenschaften) wurde für die Zeit des SS 1963 zur Wahrnehmung einer Vertretung des Volkswirtschaftlichen Lehrstuhls an der Universität Heidelberg beurlaubt.

EMERITIERUNGEN

München (TH): Prof. Dr. phil. Ernst Waldschmidt-Leitz (Biochemie) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Würzburg: Prof. Dr. phil. Hans Möbius (Klassische Archäologie), Direktor des Martin-von-Wagner-Museums

und Vorstand des Archäologischen Instituts, wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden. Für das SS 1963 wurde er jedoch mit der kommissarischen Vertretung seines bisherigen Lehrstuhls beauftragt.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Mannheim: Prof. Dr. rer. pol. Siegfried Goldschmidt/PH Berlin hat den Ruf auf ein Ordinariat für Soziologie an der Wirtschaftshochschule abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Stützel (Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre; Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Währung und Kredit) hat den Ruf auf das neu geschaffene Ordinariat für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Freiburg abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Münster: Prof. Dr. med. Werner Schulze (Innere Medizin und Röntgenologie) wurde zum Direktor des Radiologischen Zentralinstituts am Krankenhaus Nord-West Frankfurt/Main-Frauenheim berufen.

GASTPROFESSUREN

Mainz: Prof. Dr. med. Dr. phil. Diemer/Philosophie weilt während der Sommermonate als Gastprofessor an der Princeton-University in den Vereinigten Staaten.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Berlin (TU): Prof. Dr. Ludwig Hilberseimer, Leiter der Abteilung für Stadt- und Landesplanung des Illinois Institute of Technology in Chicago/USA wurde die akademische Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehren halber verliehen.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Dr. jur. h. c. Karl Heinrich Bauer (Chirurgie) wurde von der Medizinischen Fakultät der Universität Graz die Würde eines Doktor med. honoris causa verliehen.

Münster: Prof. Dr. theol. Willi Marxsen (Neutestamentliche Exegese und Theologie) wurde von der Theologischen Fakultät der Universität Kiel die Würde eines Doktor der Theologie Ehren halber verliehen.

b) Ehrensensatoren

Münster: Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. h. c. Paul Baumann (Chemische Technologie der Kohlenveredelung) wurde in Würdigung seiner wissenschaftlichen Leistungen und in Anerkennung seiner Verdienste um die Universität zum Ehrensensator ernannt.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Berlin (FU): Prof. Dr. phil. Edwin Fels (Wirtschaftsgeographie) wurde von der Gesellschaft für Erdkunde die Ehrenmedaille der Gesellschaft verliehen.

Münster: Prof. Dr. med. Erich Schütz (Physiologie) wurde zum Präsidenten der Gesellschaft für Kreislauforschung gewählt. — Prof. Dr. med. Paul Jordan (Dermatologie und Venerologie) wurde zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft zum Studium der Fertilität und Sterilität gewählt. — Prof. Dr. phil. habil. Hans Thümmler (Baugeschichte, Bauforschung mit besonderer Berücksichtigung der Westfälischen Kunst) wurde von der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung zum korrespondierenden Mitglied gewählt. — Prof. Dr. phil. Friedrich Karl Dörner (Alte Geschichte) bisher korrespondierendes Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts in Berlin, wurde zum ordentlichen Mitglied gewählt.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Prof. Dr. med. Philipp Stöhr, em. Ordinarius für Anatomie, wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen.

Kiel: Prof. Dr. phil. D. theol. h. c. Paul-Gerhard Bohne (Ev. Religionspädagogik) wurde das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik verliehen.

Marburg: Der mit 10 000,— DM dotierte Brüder-Grimm-Preis wurde zu gleichen Teilen an Prof. Dr. phil. Friedrich Maurer/Freiburg, Ordinarius für Germanische Philologie, und Prof. Dr. phil. Friedrich Stroh/Erlangen-

Nürnberg, Ordinarius für Germanische und Deutsche Philologie, verliehen.

München: Prof. Dr. phil. Dr. med. Hans K r i e g (Zoologie) wurde für seine Verdienste um den Naturschutz mit dem Van-Tienhoven-Preis 1963 der Hamburger Stiftung FVS ausgezeichnet.

Münster: Prof. D. Hellmuth K i t t e l (Religionspädagogik) wurde von der Niedersächsischen Landesregierung das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens verliehen.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Köln: Prof. Dr. jur. Erwin S e i d l, Direktor des Instituts für Römisches Recht, wurde von der Österreichischen Akademie zum korrespondierenden Mitglied gewählt.

Marburg: Prof. Dr. phil. Dr. med. h. c. Hermann E. S c h u l t z e (Physiologische Chemie und Immuno-Chemie) wurde zum Ehrenmitglied der Asociacion Venezolano para el Avance de la Ciencia gewählt.

Münster: Prof. Dr. med. Dr. phil. Arnold L o e s e r (Pharmakologie und Toxikologie) wurde von der New Yorker Akademie der Wissenschaften (The New York Academy of Sciences) zum Mitglied der Akademie gewählt. — Prof. Dr. med. Heinz Wolf M ü l l e r - L i m m r o t h (Physiologie) wurde von dem Scientific Council der New York Academy of Sciences eingeladen, in der Sektion Biological and Medical Sciences ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu werden.

Würzburg: Prof. Dr. phil. Hermann B e n g t s o n (Alte Geschichte) wurde zum Ehrenmitglied der Phil.-Historischen Klasse der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften in Lund ernannt. — Prof. Dr. phil. Wilhelm E i l e r s (Orientalische Philologie) wurde zum Ehrenmitglied der Königlichen Akademie von Córdoba ernannt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Hannover: Prof. Dr. phil. Konrad B u c h w a l d, Direktor des Instituts für Landespflege und Landschaftsgestaltung, nahm auf Einladung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau an einer internationalen Exkursion durch Nordost-Polen teil.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

9. 7.

Das Buch der Schöpfung — Leseübungen für heutige Menschen — Über die Meditation der Natur spricht Dr. Philipp Dessauer (SDR, 16.45)

Aus der Welt der Forschung (Saarl. Rdf. II, 20.15)

Um die neue Universität — IX. Warum bin ich Verbindungsstudent? — Ein Gespräch zwischen Dr. Gottfried Sprondel, stud. phil. Wolf Oschlies und stud. rer. pol. Carl Grisson (Radio Bremen II, 21.35)

10. 7.

Berührungen Österreichs und Jugoslawiens auf dem Gebiete der Literatur — Von Univ.-Doz. Dr. Zoran Konstantinovic/Belgrad (Österr. Rdf. II, 14.35)

11. 7.

Studierende der Musikhochschule Heidelberg musizieren — Volker Jung, Oboe — Walter Landmann, Klavier. — Robert Schumann: Drei Romanzen für Oboe und Klavier op. 94 — Werner Kesel, Bariton; am Flügel: Peter Imo. — Johannes Brahms: Lieder (SDR/UKW, 13.30)

Gelehrsamkeit — nichts für Frauen? — aus der Geschichte des Frauenstudiums berichtet Dr. Anni Coja (Österr. Rdf. II, 16.00)

Feuilleton — Wolfgang Niehaus: 3000 Jahre Drama — Zur Theatergeschichte Europas — Von Heinz Kindermann (Saarl. Rdf. II, 20.40)

Das Heidelberger Studio — Prof. Dr. Kurt Sontheimer/Berlin: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (SDR/UKW, 21.00)

Münster: Prof. Dr. phil. Ulrich S u e r b a u m (Englische Philologie) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl an der Universität Innsbruck.

Würzburg: Prof. Dr. med. Hans F r a n k e (Innere Medizin, Herz und Kreislauf) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Innere Medizin an der Universität Innsbruck erhalten.

GEBURTSTAGE

Aachen: Prof. Dr.-Ing. Gustav L a m b r i s (Brennstoffchemie) vollendet am 2. 8. sein 80. Lebensjahr.

Bonn: Prof. Dr. jur. Hellmuth von W e b e r, em. Ordinarius des Strafrechts, vollendete am 4. Juli sein 70. Lebensjahr. — Prof. Dr. Arnold K o h l s c h ü t t e r, em. Ordinarius für Astronomie, beging am 6. Juli seinen 80. Geburtstag.

Hannover (TH): Prof. Dr.-Ing. habil. Jakob C o l b u s (Thermische Fügeverfahren) vollendete am 8. 6. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Rudolf H a s e (Technische Physik) vollendete am 23. 6. sein 75. Lebensjahr.

Münster: Prof. Dr. Emil L e h n a r t z (Physiologische Chemie), Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, beging am 29. Juni seinen 65. Geburtstag.

TODESFÄLLE

Aachen: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Robert S c h w a r z, em. Ordinarius für Organische Chemie und Elektrotechnik, verstarb am 13. 6. im Alter von 75 Jahren.

Berlin (TU): Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hans H e r t l e i n (Architektur und Industriebau) verstarb am 13. 6. im Alter von 81 Jahren.

Bonn: Privatdozent Dr. med. Walter G o l l a s c h (Chirurgie, Unfallchirurgie) verstarb am 14. 6. im Alter von 56 Jahren.

Frankfurt: Prof. Dr. Gustav G u n d l a c h S. J., Professor der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen, verstarb am 23. 6. im Alter von 71 Jahren.

Marburg: Prof. Dr. jur. Dietrich J e s c h, Ordinarius für Öffentliches Recht, verstarb am 15. 6. bei einem Verkehrsunfall im 40. Lebensjahr.

Münster: Prof. Dr. phil. Johannes H e l l e r i c h, em. Ordinarius der Astronomie und Astrophysik, verstarb am 30. 5. im 76. Lebensjahr.

Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.30)

Aus dem Hochschulleben — Kommentare und Berichte (SDR/UKW, 22.40)

12. 7.

Das öffentliche Christentum und seine Probleme — Es spricht Prof. Dr. Wolfgang Trillhaas/Göttingen: 2.) Die Macht der Traditionen und die moderne Welt (Radio Bremen, 10.00)

Der amerikanische Mondfahrplan — Wernher von Braun berichtet (Deutschlandfunk, 10.10)

Wissenschaftliche Umschau — Aus Forschung und Technik (SFB II, 18.00)

Der wissenschaftliche Bericht mit Nachrichten aus dem Hochschulleben (Bayer. Rdf. II, 22.25)

13. 7.

Aus Natur und Geisteswelt — Kleine Geschichte der deutschen Literatur — 22.) Naturalismus und Aufbruch in das 20. Jahrhundert — Man.: Helmut Uhlig (SFB II, 10.15)

Der Mensch — das unbekannte Wesen — 8.) Das Individuum und die Masse — Im Strudel der Affekte — Man.: Alexander Marsfeld (SFB II, 10.40)

Die junge Intelligenz — Studenten in Danzig und Stettin (SDR/UKW, 15.00)

Die Slawen zwischen Ost und West in Geschichte und Gegenwart — Bericht über die Eröffnung der Ausstellung „Salzburg und die Slawen“ (Österr. Rdf. II, 22.20)

Referat f. Hochschulfragen

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Prof. Erwin Walter Palm: In meine Einsamkeit geh ich — Das lyrische Werk Lope de Vegas (SWF, 10.30)

Universitas — Prof. Dr. Maria Schmidt: Die Krise in den Naturwissenschaften (Saarl. Rdf., 11.30)

15. 7.

Die gotischen Domtürme Schwabens — Von Prof. Hans Koepf (SDR, 11.30)

Die Internationale Radiouniversität — Die großen Utopisten 18) — Univ.-Prof. Dr. Georges Gurvitch/Paris: Saint-Simon (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 15.05)

Medizinische Kongresse in diesem Jahr — Ein Bericht von Leo Nitschmann (WDR/UKW, 15.40)

Die Unterwerfung der Natur — Eine historische Betrachtung von Dr. Klaus Mampell (Radio Bremen, 16.45)

Der deutsche Entwicklungsroman — Simplicissimus 2. Teil — Man.: Peter Göbbels (Deutschlandfunk, 17.30)

Hundert Jahre medizinische Fakultät in Graz — Univ.-Prof. Dr. Walter Thiel: Hundert Jahre Anatomie an der Universität Graz (Österr. Rdf., 20.15)

Der unbekannt Lyriker Cervantes — Von Univ.-Prof. Dr. Anton Rothbauer (Österr. Rdf., 21.30)

16. 7.

Die Elternschule — Interview mit Prof. Dr. Brocher (Hess. Rdf. II, 10.00)

Die Möglichkeit des Schöpferischen in der Neurose — Man.: Prof. Dr. med. Carl Fervers (WDR/UKW, 15.40)

Wissen für alle — Univ.-Prof. Dr. Franz Koch: Goethe zwischen Vergangenheit und Gegenwart (Österr. Rdf. II, 17.15)

Aus der Welt der Forschung (Saarl. Rdf. II, 20.15)

Die Vorlesung — Prof. Dr. Bernhard Stasiewski/Bonn: Katholizismus und kommunistische Staatsführung im heutigen Polen (Hess. Rdf. II, 21.30)

Welt der Wissenschaft — Bericht und Vortrags-Mitschnitte von der 13. Nobelpreisträger-Tagung in Lindau: Gespräch zwischen einem der anwesenden Nobelpreisträger und Dr. Eckart Heimendahl über Sinn und wissenschaftliche Auswirkung der Preisverleihung (Radio Bremen II, 21.35)

Abendstudio — Auf den Spuren der Krebsentstehung — Neue Erkenntnisse der Virusforschung — Von Stefan W. Escher (Hess. Rdf., 22.20)

17. 7.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Hans Kinzl: Die ersten Gletscherdarstellungen auf Karten (Österr. Rdf. II, 17.15)

Für unsere Studierenden — Als Student in Polen (Hess. Rdf. II, 19.15)

Echt oder unecht? — Streitfragen über die Autorschaft von musikalischen Werken — Von Prof. Dr. Hermann Keller (SDR/UKW, 23.00)

18. 7.

Forscher zu Gast — Wellenmechanik — Quantenmechanik. Ein Gespräch mit Dr. Heinrich Mitter (Assistent für Physik und Astrophysik am Max-Planck-Institut München (Österr. Rdf. II, 17.15)

Bildungsfragen der Gegenwart — Wirtschaftliche Voraussetzungen für den Ausgleich des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land — Man.: Prof. Dr. Friedrich Edding (Hess. Rdf. II, 17.30)

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF/UKW II, 17.45)
Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.30)

Internationale Rundfunk-Universität — 1) Die nubischen Altertümer — Ihre Bedrohung II — Von Prof. Pierre Gilbert. 2) Das Gruppenleben von Affen — Die Teilung einer Horde — Von Prof. Denzaburo Miyadi Kyoto. 3) Die Raumfahrt — Wissenschaftliche und praktische Ergebnisse I — Von Hugh Dryden/USA (Hess. Rdf. II, 22.00)

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft — Ihre Arbeit und ihre Aufgaben — Man.: Rolf Lamprecht (Deutschlandfunk, 22.00)

Was wissen die Studenten? — Von Prof. Joachim H. Knoll (SWF/UKW II, 23.00)

19. 7.

Das öffentliche Christentum und seine Probleme — Von Prof. Dr. Wolfgang Trillhaas/Göttingen: 3) Bibelglaube und Bibelkritik (NDR/UKW, 10.00)

Lindauer Tagung der Nobelpreisträger für Medizin — Ein Bericht von Brigitte Granzow (WDR, 14.00)

Die Internationale Radiouniversität — Univ.-Prof. Dr. Pierre Angrand/Paris: Die großen Utopisten 19) — Etienne Cabet (Österr. Rdf. II, 14.35)

Wissen für alle — Dr. Friedrike Wawrik: Probleme der internationalen Donauforschung (Österr. Rdf. II, 17.15)

Wissenschaftliche Umschau — Aus Forschung und Technik (SFB/II, 18.00)

Abendstudio — Das Gleiche und das Neue — Gibt es in der Philosophie einen theoretischen Fortschritt? — Von Jürgen v. Kempfski (Hess. Rdf. II, 22.00)

Der wissenschaftliche Bericht mit Nachrichten aus dem Hochschulleben (Bayer. Rdf. II, 22.30)

20. 7.

Du und das Tier — Tauchsport, Seeaquaristik und Naturschutz — Ein Gespräch zwischen Prof. Otto König und Dr. Kurt Kolar (Österr. Rdf. II, 9.45)

Aus Natur und Geisteswelt — Dokumente zur Zeitgeschichte — 9) Weltpolitik um 1900 — Rivalitäten und Machtkämpfe — Man.: Dr. Karl A. Grüner (SFB/II, 10.15)

Die Reportage — Studenten 1963 — Eine Umfrage von Reinhard Albrecht (SWF, 16.10)

Kulturpolitischer Kommentar — Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg (NDR/UKW, 17.50)

Nobelpreisträger stellen sich vor — Prof. Dr. Corneille Heymans/Gent: Pharmaka und Elektroschock (Hess. Rdf. II, 21.00)

21. 7.

Lebendige Wissenschaft — Prof. Dr. A. B. Purani/Pondicherry: Die Lehren des Sri Aurobindo (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Dozent Konrad Repgen: Heinrich Himmlers Friedensziele (SWF, 10.30)

Universitas — Prof. Dr. Walter Gerlach: Die Sprache der Physik (Saarl. Rdf., 11.30)

22. 7.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 15.05)

Die Venus — kein Stern für Astronauten — Eine naturwissenschaftliche Studie — Von Erwin Karl Hornauer (SWF/UKW I, 15.45)

4. Internationaler Ingenieur-Kongreß — Bericht aus München (Deutschlandfunk, 22.00)

23. 7.

Aus der Welt der Forschung (Saarl. Rdf. II, 20.15)

Um die neue Universität — X. Universität und Ingenieurwissenschaften — Ein Vortrag von Dr.-Ing. Günther Czichon (Radio Bremen II, 21.35)

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Josef Raabe (Redaktion: Friedensplatz 10/III) — Verlag: Hochschul-Dienst, Dr. Josef Raabe OHG, Bonn, Hochstadtenering 15 / Postfach 323, Tel.: 3 75 95, Postscheck: Köln 1574 38, Bank: Städt. Sparkasse Bonn 64 70. — Der Hochschul-Dienst erscheint in der Regel am 8. und 23. eines jeden Monats, mit Ausnahme der Ausgaben vom 23. August und 8. September, die wegen der Sommerferien mit der vorhergehenden bzw. nachfolgenden zusammengelegt werden. Redaktionsschluß jeweils am 2. resp. 17. des betreffenden Monats. Verlag und Schriftleitung behalten sich vor, Redaktionsschluß- und Erscheinungstermine aus zwingenden Gründen zu verschieben. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion dar. — Abdruck nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. — Die Ausgaben in Englisch, Französisch und Spanisch, die in Verbindung mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgegeben werden, erscheinen monatlich. — Bezugsgebühr der deutschen Ausgaben 9,60 DM im Quartal einschließlich Porto. — Druck: Buch- u. Zeitungsdruckerei H. Köllen, Bonn.